

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

81

Winter 2011

stimme



**Jüdisches (Über-)Leben
in Österreich**

MINDERHEITEN IN DER GEGENWART 2

„Und es [Europa] betrachtet sich in seinen Minderheiten wie in einem Spiegel, bald verschwörerisch oder selbstgefällig und selbstverliebt, bald mit wilder, kaum bezähmbarer Wut, um sich in neuer Lebendigkeit wahrzunehmen und zugleich der großen Male seiner Geschichte innezuwerden.“ Auf diese mitunter sarkastische Weise beschrieb der französische Historiker Maurice Aymard in den 1980er Jahren die soziale Funktion der Minderheiten.

Im letzten STIMME-Heft stellte ich, aus Anlass des 20-Jahre-Jubiläums der *Initiative Minderheiten*, die Frage, ob *Minderheit* unter den vergleichsweise neuen Bedingungen heute noch ein politisch sinnvoller Terminus und ein politiktheoretisch relevantes Konzept sei. Hängt der Minderheitenbegriff nicht zu sehr jenem historischen Kontext an, der vom Ende der Vielvölkerstaaten, vom Nationalstaat und Völkerrecht im angehenden 20. Jahrhundert geprägt war? Dienen Forderungen nach Minderheitenrechten heute nicht letztendlich dazu, altbacken ethnische, essentialistische Identitäten um jeden Preis aufrechtzuerhalten in einer Welt der Hybridität und des Dekonstruktivismus? Ist *Minderheit* – „Sind wir uns doch ehrlich!“ – nicht so out wie der Differenzfeminismus?

Es mag schon stimmen, dass Bevölkerungsgruppen, die heute unter dem Etikett *Minderheit* öffentlich wahrgenommen werden, in der Regel politisch marginalisierte und statische Einheiten bilden. Das gilt auch für ihre Vertretungseinrichtungen und deren Politik. *Minderheit* scheint gegenwärtig ein Synonym für politischen Stillstand geworden zu sein. Vor allem hierzulande wird dieser Eindruck durch juridisch Tiefgefrorenes verstärkt, welches unter dem Titel „Volksgruppe“ feilgeboten wird: Volksgruppengesetz, Volksgruppenbeiräte, Volksgruppenfeststellung ...

Auch in einem solchen Stillstand durch Anerkennung erblicke ich jedoch just das

Gegenteil des voreiligen Schlusses, das Konzept *Minderheit* habe ausgedient.

Die US-amerikanische Politiktheoretikerin Iris Marion Young legte in ihrem Buch *Justice and the Politics of Difference* eine Analyse der Herrschaftsverhältnisse vor, welche in den 1990er Jahren ziemlich breit und heftig diskutiert wurde. Im wohl meist gelesenen Kapitel zählt Young darin fünf Seiten der Unterdrückung (*five faces of oppression*) auf, die sich – einander ergänzend – auf Individuen auswirken. Besonders interessant und innovativ an der Liste von Young ist die Auslassung von landläufig anerkannten Formen der Unterdrückung, die gewöhnlich jeweils einer bestimmten Gruppe und einer Differenz zugeordnet werden: Sexismus, Rassismus, Homophobie etc. Das Youngsche Konzept umgeht somit die – für die „linke“ politische Theorie mittlerweile fast schon heilige – Differenz-Trias „Gender, Race and Class“ und eröffnet einen Denkhorizont zum Erschließen von *Intersektionalität*, die in den jüngeren politiktheoretischen Debatten eine wichtige Rolle einnimmt.

Die fünf Seiten der Unterdrückung benennt Young wie folgt: Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Kulturimperialismus und Gewalt. Nun, über jede dieser Kategorien kann trefflich diskutiert werden, was, wie gesagt, auch schon geschah. Was aber Iris Marion Young in ihrer Analyse gelingt, ist eine genaue Beschreibung des gesellschaftlich-politischen Rahmens, in dem *Minderheiten* entstehen – wenn sie auch diesen Terminus kaum verwendet.

Die Gesichter der Unterdrückung (ich will das Letztere durch *Macht* ersetzen, um damit auch das Einschließende einfangen zu können über die bloß negierende Repression hinaus) bringen eine „Dialektik der *Minderheit*“ zutage: Minoritäre Gruppen entstehen im Zuge der Machtkämpfe, und Individuen, die den *Minderheiten* angehören, erleben die verschiedenen Gesichter der *Macht* aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu diesen Gruppen – wodurch minoritäre

Gruppen ihrerseits weiter festgeschrieben werden. Diese Dialektik ist auch bezüglich der sozialen Funktion zu beobachten: Der Terminus *Minderheit* zeigt an, dass es in der Gesellschaft Machtkämpfe gibt, dass diese oft unterschwellig stattfinden, dass sie zumeist auch zur Bildung von *Mehrheiten* und *Minderheiten* führen. Zugleich will uns der Terminus aber – in seinen juridischen Endformen wie „Volksgruppe“ eingefroren – glauben machen, dass diese Kämpfe bereits beendet wurden, dass wir im totalen sozialen Frieden leben.

An dieser Stelle ist außerdem hervorzuheben, dass der *Minderheiten*begriff eine politische (und nicht bloß numerische) Kategorie ist, die nicht auf ethnische bzw. Sprachminderheiten reduziert werden soll. Folgerichtig kann heute nicht jede *Minderheit* durch Stillstand charakterisiert werden – nicht etwa verschiedene Teile der Behindertenbewegung (siehe beispielsweise das Schwerpunktthema im letzten STIMME-Heft), nicht viele LesBiSchwul- und Transgender-Gruppen, nicht die Migrantinnen ... Ihre Allianzen sind zudem eine gelebte Form von *Intersektionalität*.

Das politische Unbehagen, das diese minoritären Gruppen seit Langem im Auge der *Macht* verursachen, konnte bis jetzt keineswegs durch „Licht ins Dunkel“-Vereinnahmungen, bunte und schrille „Liebesparade“-Exotisierungen oder „Integration und Sicherheit“-Ablenkungen ausgeblendet werden. *Minderheiten* sind nach wie vor Stachel im Fleisch der Gesellschaftsordnung, in der wir leben. Dass ihre Forderungen und Kämpfe zeitweilig unter der Last der „allzumenschlichen“ Anerkennung unsichtbar werden, ist nur ein Verweis auf die Notwendigkeit, den Schauplatz der Kämpfe zu verschieben und die Politik der Symbole (Stichwort: topografische Ortsbezeichnungen) sowie der Anerkennung nicht für die einzig mögliche Politik zu halten.

Hakan Gürses

IMPRESSUM

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*). **Medieninhaber und Verleger:** Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Schöpfstraße 39/7, A-6020 Innsbruck **Herausgeber:** Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/966 90 01, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Schöpfstraße 39/7, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783 **Redaktion:** Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/966 90 03, Fax: 01/966 90 01, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at **Chefredakteurin:** Gamze Ogan **Redaktionelle Mitarbeit:** Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, Ursula Hemetek, Cornelia Kogoj, Anita Konrad, Helga Pankratz, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig **Ständige Autorinnen:** Vlatka Frketic, Hakan Gürses, Kahlauer, Erwin Riess **Zeichnungen:** Petja Dimitrova, Hakan Gürses **Grafische Gestaltung:** schultz+schultz-Mediengestaltung. **Herstellung (Repro & Druck):** Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Aboverwaltung:** Kai Kovrigar (Redaktionsadresse) E-mail: abo@initiative.minderheiten.at; Jahresabo (4 Hefte): € 20,- (Ausland: € 30,-) /für Vereinsmitglieder kostenlos.

	IMPRESSUM	2
WER IST DER SUPERMIGRANT? DAS BEDÜRFNIS NACH DEM „ÖFFENTLICHEN JUDEN“	Hanno Loewy	4
MISSION FRIEDEN. JUDEN UND MUSLIME IM DIALOG	Valerie Prassl	7
DIE ETHIK STEHT ÜBER DER TRADITION. OR CHADASCH – BEWEGUNG FÜR LIBERALES JUDENTUM	Theodor Much	9
DIE JUNGE GESCHICHTE EINES SALONS. EIN RAUM FÜR UNTERSCHIEDLICHE ENTWÜRFE DES JÜDISCH-SEINS	Marek Božuk	10
ANKUNFT MIT HÜRDEN. JÜDISCHE MIGRATION IN RELEVANZ ZU SOZIALER ARBEIT	Gerda Netopil	12
DER LANGE WEG AUS DEM TRAUMA. PSYCHOSOZIALE ARBEIT MIT NS-ÜBERLEBENDEN	Gerda Netopil	14
KREMS, DIE JUDEN UND DIE NAZIS	Thomas Mördinger	15
DURCH DIE SCHICHTEN DES VERGESSENS. DIE FOTOALBEN DER HAKOAH-SCHWIMMERIN FRITZI LÖWY	Vida Bakondy	17
SEPHARDISCHE TÜRKEN IN WIEN	Okşan Svastics	18
GROLL: DER BIERSTREIT ZU GORENJE	Erwin Riess	19
NACHLESE: UND WAS SAGT DIE STRASSE?	Alexandra Siebenhofer und Petra Permesser	20
	GESCHEHEN	22
	TIPPS	28
	KAHLAUERS TAGEBUCH	30



THEMA: JÜDISCHES (ÜBER-)LEBEN IN ÖSTERREICH

Berührungängste, Fragen die man sich nicht zu stellen traut, Angst die falsche Sprache zu benutzen, politisch nicht korrekt zu sein. Der jüdischen Bevölkerung Österreichs – eine Gruppe, die durch den Nationalsozialismus schwere Verluste erlitten hat – wird zumeist mit einem gewissen Exotismus begegnet. Vielleicht auch ein Grund für die bisherige Unterrepräsentation der jüdischen Themen in der STIMME.

Mit dem vorliegenden Heft versuchen wir fragmentarisch vom heutigen jüdischen Leben in Österreich zu berichten, das gleichzeitig ein „Überleben“ bedeutet. Daher beziehen sich die Texte immer wieder auch auf Auswirkungen der Shoah auf heute.

Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums Hohenems, nimmt eine merkwürdige Einladung des Innenministeriums zum Anlass, um ungewohnte Allianzen zu hinterfragen und auf die Konsequenzen der Politisierung der Religionen aufmerksam zu machen.

Im Jahr 2010 fand in Wien die erste „Muslim Jewish Conference“ statt, die zweite folgte 2011 in Kiew. Valerie Prassl geht in ihrem Artikel auf die Notwendigkeit, Methoden und Ziele dieser von österreichischen Studierenden ins Leben gerufenen Konferenz ein.

Theodor Much, Präsident der *Or Chadasch* – Bewegung für progressives Judentum weist auf den Pluralismus im Judentum hin und berichtet, was diese liberal-jüdische Gemeinde ausmacht.

„Jüdisch sein ist nicht gleich jüdisch sein“, so auch Marek Božuk, Gründungsmitglied des *Salon Vienna*. Im Artikel von Božuk geht es um die Entstehungsgeschichte und die Aktivitäten dieses Salons, der ein junges und modernes Verständnis des Judentums prägen will.

Dort, wo im Zweiten Wiener Gemeindebezirk bis 1938 der „Große Leopoldstädter Tempel“ stand, ist heute das psychosoziale Zentrum ESRA angesiedelt. ESRA bietet Überlebenden der NS-Verfolgung, den *child survivors* und deren Nachkommen umfassende psychosoziale Unterstützung. Auch erhalten hier die in den vergangenen Jahrzehnten eingewanderten jüdischen Migrantinnen und Migranten umfassende Sozialberatung. Gerda Netopil gibt einen Überblick über die Eckdaten jüdischer Migration nach Österreich und thematisiert die Konsequenzen des Ineinandergreifens der individuellen Leidensgeschichte der Überlebenden und MigrantInnen mit den politischen Entwicklungen.

Vida Bakondy setzt sich in ihrem Artikel über die Fotoalben der Hakoah-Schwimmerin Fritzi Löwy mit der historischen Spur auseinander, die durch das Zusammenwirken der Fotos und der Bildunterschriften entsteht. Bakondy stellte uns auch das Coverbild aus dem fragmentarischen Nachlass von Fritzi Löwy (datiert 1927) zur Verfügung.

Auch im Bericht von Thomas Mördinger geht es um Erinnerung, genauer um Rückschläge und Erfolge in der Arbeit des Zeithistorikers Robert Streibel, die Erinnerung an Kremser Juden und Jüdinnen hochzuhalten.

Okşan Svastics schließlich begibt sich in das Wien des 18. und 19. Jahrhunderts und erzählt vom Leben der großen sephardisch-türkischen Gemeinde.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der *Initiative Minderheiten* fand im November unter dem Titel „Sag wie hast du’s mit der Sprache“ ein Symposium zur Bedeutung von Sprache und Mehrsprachigkeit statt. Das Thema Sprache als Politikum wird uns auch in der nächsten STIMME beschäftigen.

Interessante Lektüre wünscht
Gamze Ongan Chefredakteurin

WER IST DER SUPERMIGRANT?

Das Bedürfnis nach dem „öffentlichen Juden“

Hanno Loewy

Die Vereinnahmung des „Jüdischen“ als Bestandteil eines angeblichen „christlich-jüdischen Erbes“ – unter Ausschluss des Islam – ist zur Kampffarole wachsender Teile eines gut-bürgerlichen Mainstreams in Deutschland geworden. Nun beginnt auch der politische Mainstream in Österreich die „Juden“ als Vorzeigemigranten zu entdecken.

Vor ein paar Wochen bekam ich Post vom Bundesministerium für Inneres, Büro des Integrationsstaatssekretärs. Als einer von 100 besonders gut integrierten Migranten solle ich vor den Vorhang treten, um zu zeigen, wie man mit Leistung und gutem Willen seinen Weg in der österreichischen Gesellschaft machen kann. Als Piefke aus Deutschland kam ich mir etwas deplaziert in der Runde vor. Schließlich gehöre ich auch unter den deutschen Migranten nicht zu jenen, die sich im Gastgewerbe oder auf dem Bau von unten nach oben arbeiten müssen. Kurz, ich habe den Eindruck, dass ich – mit meinem doch eher privilegierten Zugang (als Museumsdirektor ins Land gekommen) – mich nicht wirklich als glaubwürdiges „Vorbild“ für erfolgreiche Integration eigne. Da gibt es andere, die es schwerer haben, und die mehr davon erzählen können, wie man es vielleicht dennoch schafft, sich in dieser Gesellschaft einen Platz zu erarbeiten. In einer Gesellschaft, die es Migranten nicht immer ganz leicht macht. Um es höflich zu formulieren.

Nun, vielleicht haben die Kollegen im Ministerium bei mir nicht so sehr an „den Deutschen“, sondern an den Juden gedacht? Vielleicht auch einfach an das Jüdische Museum in Hohenems, im fernen Westen der Republik, das ab und zu dadurch auffällt, dass es sich eben nicht nur mit jüdischer Geschichte und Kultur, Tradition

und Gegenwart beschäftigt, sondern auch und gerade mit jenen Fragen, die diese jüdische Geschichte mit den Existenzfragen der Gegenwart verbindet. Fragen nach den verschiedenen Formen von Migration und ihren Widersprüchen, und vor allem: mit einer Dimension, über die heute immer mehr gesprochen wird, und dies nicht immer sehr präzise. Jüdisches Leben war seit jeher, und schon lange vor dem Ende der antiken jüdischen Souveränität im Nahen Osten, also dem Ende des alten jüdischen Königreiches und der Zerstörung des Tempels, ein Leben in der *Diaspora*.

Ob vor dem Vorhang oder dahinter: das Museum in Hohenems hat sich längst zu einer Bühne entwickelt, auf der diese Fragen ausgetragen werden können, spielerisch und auch im Streit, visuell und gegenständlich, historisch und aktuell, immer aber auf kommunikative Weise. Und auf eine Weise, die möglichst niemanden ausschließt, die inklusiv gedacht ist und nicht exklusiv, die Gemeinsamkeiten nicht dadurch herstellt, das andere, die jeweils „Anderen“, ausgeschlossen werden. Das klingt irgendwie selbstverständlich und scheint es doch nicht zu sein.

Eine überraschende Wendung

Welche Rolle spielen „öffentliche Juden“ wie ich in dieser Gesellschaft, also Menschen, die man eigentlich ständig vor den Vorhang zerrt, weil es ein großes Bedürfnis nach öffentlichen Juden gibt, aber nicht so viele potentielle Kandidaten und Kandidatinnen für den Job? Oder die tatsächlich diese Rolle selbst gewählt haben (na ja, als Leiter eines jüdischen Museums muss mich ja an dieser Rolle irgendetwas auch gereizt haben), sei es aus Eitelkeit oder aus Lust am Diskurs? Warum besuchen so viele Menschen jüdische Museen, warum sind diese Museen der öffentlichen Hand etwas wert? Und wie verändern sich die Zumutungen an jüdisches Leben (nicht hinter dem Vorhang, sondern im Alltag, jenseits des „Theaters“) in einer Gesellschaft, die immer wieder ihre „Verantwortung“ für die Lehren aus der Geschichte demonstrativ vor sich her trägt, in Gedenkveranstal-

tungen, öffentlichen Ritualen, Gedenkortern, Bildungsprogrammen, in Forschung und Lehre – und in der man zugleich mit rassistischen, antimuslimischen und jüdenfeindlichen Parolen 30 Prozent an der Wahlurne für sich mobilisieren kann?

Auch das gehörte zu meiner Piefke-Karriere in Österreich dazu: es hat gereicht, einem blauen Politiker ein paar unbequeme (in seinen Augen wahrscheinlich „respektlose“) Fragen zu seinem migrantenfeindlichen (genauer: antimuslimischen) Wahlkampf zu stellen, um öffentlich als „Exiljude aus Amerika“ diffamiert zu werden.¹ Das war immerhin eine überraschende Wendung mit einer auch für den Kandidaten überraschenden Konsequenz. Er flog aus der Regierung und musste feststellen, dass öffentliche Bekundungen des eigenen antisemitischen Furors inzwischen in der österreichischen Öffentlichkeit schärfer sanktioniert werden, als die gleich-scharfen Ausbrüche der Verachtung gegenüber „Türken und anderen Muslimen“. Das war in Österreich lange Zeit keineswegs so.

Natürlich hat mich diese Konsequenz gefreut – aber sie hat mich zugleich auch beunruhigt. „Bloß“ gegen „die Türken“ zu hetzen ist in Österreich heute offenbar weniger verwerflich, als sich über „Saujuden“ herzumachen.

In Deutschland hat sich schon seit einiger Zeit eine Plage bemerkbar gemacht, vor der man sich in Österreich bis vor kurzem noch „sicher“ gefühlt hat. Das Gerede vom „christlich-jüdischen Abendland“. In Deutschland hat die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, mit Antisemitismus und Holocaust früher begonnen, als in Österreich, das so lange glaubte, das „erste Opfer“ der Nazis gewesen zu sein (viele glauben das bis heute). In Deutschland war die Erinnerung an die NS-Verbrechen freilich auch früher zu Routine geworden. Wer hier in Österreich an der Oberfläche kratzt, stellt bald fest, dass es mit den Routinen hier noch nicht ganz so weit ist. Und in Deutschland hat sich auch früher als in Österreich so etwas wie ein Stolz auf die eigene Läuterung, die Katharsis des Bösen, auf die eigene



Gedenkkultur herausgebildet. Ein Stolz, der nach 1989, nach der Wiedervereinigung, zu so etwas wie einem neuen Nationalgefühl angeschwollen ist. Und jedenfalls als solches inszeniert wird. Als vor zehn Jahren das Jüdische Museum Berlin eröffnet wurde, mit einem Galadiner für 800 Ehrengäste, veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung die vollständige Gästeliste auf einer ganzen Seite, unter der Überschrift: „Die Gründungsversammlung der Berliner Republik“. Deutlicher ging es nicht mehr.

Zwei Tage später flogen die von Al Kaida entführten Flugzeuge in das World Trade Center in New York und richteten ein Massaker an. In dem Moment, wo der „Westen“ die Erinnerung an die eigenen Verbrechen an den Juden demonstrativ zu einem zentralen Bestandteil seiner eigenen Identität erhoben hatte, sind nicht nur diese beiden Türme eingestürzt, sondern auch alle Begriffe von Identität und Kultur.

Seitdem sind die westlichen Demokratien und ihre Werte in einer Schockstarre begriffen, herausgefordert von einer destruktiven Politisierung und Instrumentalisierung der Religion, von außen wie von innen, von selbsternannten Hütern des „wahren Islam“ genauso wie von fundamentalistischen

„Christen“, die sich in den USA genauso wie in Europa zu Wort melden.

Auf beiden Seiten herrscht Heuchelei: ob evangelikale Prediger der Apokalypse die Siedler in der Westbank und die israelischen Rechten gegen die Ungläubigen in Stellung bringen (und mit Millionenspenden alimentieren) – oder sich türkische oder iranische Muslime zu Fürsprechern der Palästinenser aufschwingen und jene Radikalen finanzieren, die mit Raketenangriffen und Selbstmordattentaten das ihre tun um jede Hoffnung auf Ausgleich zu torpedieren. Von beiden Seiten wird Öl ins Feuer gegossen, mit zynischen Parolen und durchsichtigen Machtinteressen. Israel und die Juden, so als sei dies dasselbe, werden von beiden Seiten zum Pfand dafür, es den jeweils eigenen Leuten zu zeigen, wer der beste Christ oder der beste Muslim ist. Ganz gleich ob es Evangelikale in den USA sind, die mit diesem politischen Spiel um die Macht im eigenen Land spielen, oder die Scharfmacher im Iran oder der Türkei, die auf der anderen Seite dasselbe Spiel spielen. Die Opfer solcher Politik sind die jeweils anderen Amerikaner oder anderen Europäer, anderen Türken, anderen Muslime, anderen Iraner, und natürlich all jene, die es sich herausnehmen, ihre

Identität sich nicht von anderen diktieren zu lassen, nicht von Eindeutigkeiten und nicht von politischer Macht: Migranten, Minderheiten, und erst recht Menschen, die es wagen, sich zwischen die Stühle zu begeben, die sogar die Enge und Borniertheit der jeweils eigenen Minderheit in Frage stellen.

Die Vereinnahmung des „Jüdischen“

Rassismus, Ressentiment, Vorurteile sind längst keine Frage mehr, die nur das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit bestimmen, sie gelten auch für Migranten untereinander, für die Beziehung zwischen Minderheiten. Wer an einem Ort zur Mehrheit gehört, gehört an einem anderen Ort zur Minderheit. Auch das ist eine Erfahrung von Diaspora. Und die jüdische Diaspora war in dieser Hinsicht für lange Zeit das Modell für eine besonders radikale Erfahrung von Diaspora: nämlich die, überhaupt an keinem Ort der Welt eine Mehrheit zu sein. Der zionistische Traum, diese häufig so fruchtbare – aber schließlich auch in unfassbarer Weise mörderische – Erfahrung endlich einmal mit der vermeintlichen Sicherheit vertauschen zu können, in einem eigenen Staat

eine Mehrheit zu sein, ist das eine. Und dieser Traum hat möglicherweise in eine Sackgasse geführt. Seine Instrumentalisierung im „Positiven“ wie im „Negativen“ ist etwas anderes. Und im Kontext unserer Einwanderungsgesellschaften in Europa höchst problematisch.

Die Vereinnahmung des „Jüdischen“ als Bestandteil eines angeblichen „christlich-jüdischen Erbes“ – unter Ausschluss des Islam – ist zur Kampfpapare wachsender Teile eines gut-bürgerlichen Mainstreams in Deutschland geworden. Und den tumben Antisemitismus – die Fantasien von der jüdischen Weltverschwörung, von der Wall Street und der amerikanischen Ost-Küste, von den „Heuschrecken“ des Finanzkapitals bis zu den blutsaugenden Vampiren, den Kindermördern und Gottesmördern – versucht die populistische europäische Rechte (von Italien bis Frankreich, von Dänemark bis in die Schweiz) derweil an die antiimperialistische Linke, an die „Palästinasolidarität“ und an die islamistischen Gotteskrieger abzutreten, die ihre eigenen Landsleute (und die Anhänger des jeweils „falschen“ Islams) terrorisieren. Und leider wird diese Rolle immer wieder nur zu willig angenommen.

Ab und zu zeigt der neue Rassismus unwillkürlich auch seine hässliche alte, antisemitische Fratze, so wenn Thilo Sarrazin seine Tiraden über „bildungsunfähige“ Muslime damit „genetisch“ zu untermauern versucht, dass er als Gegenbeispiel ausgerechnet auf das „jüdische Gen“ zu sprechen kommt, das angeblich ständig Genies produziert. Und wenn es stimmt, dass Popularität im Publikum entschieden wird, dann ist es eben kein Zufall, dass ein bekennender Islamhasser wie Henryk M. Broder vom Publikum zum „öffentlichen Juden“ Deutschlands gewählt wird. Juden in Deutschland (oder in Europa überhaupt) können für diese Wahl freilich wenig. Sie haben in solchen Fragen kein relevantes Stimmenpaket. Sie spüren, dass man sie auch heute für irgendetwas benutzen will, selbst dann, wenn man sie umarmt und so lange an die Brust drückt, bis ihnen Hören und Sehen vergeht.

Israel hängt an ihnen wie ein Ballast und ist doch zugleich noch immer der einzige zur Verfügung stehende Mythos von Souveränität, der „sichere Hafen“ ist zum Albtraum geworden und doch weiß man nichts Besseres auf der Suche nach einem psychischen Rückzugsraum, wenn es einem im europäischen Identitätstheater, zwischen Einwanderung und Ausgrenzung, zwischen dem alten Antisemitismus der „Alteingesessenen“

und dem neuen Antijudaismus mancher politisierter Einwanderer unbehaglich wird. So rüsten sich manche jüdische Jugendliche mit zionistischem Stolz auf, auch wenn sie vielleicht niemals Israelis werden wollen, und manche türkische Jugendliche kämpfen für ein fantasiertes „Palästina“ und rüsten sich mit antizionistischem Stolz auf, ohne zu merken, dass sie jeden Juden zum Israeli machen und damit aus dem Antizionismus blanken Judenhass. Ein Blick ins Internet, in die entsprechenden Blogs lässt da wenig Illusionen aufkommen. Und auch auf den Straßen von Hohenems kann man ein markiges „Judensau“ inzwischen auch von türkischen Halbstarcken hören.

Ungewohnte Allianzen

In Österreich konnte man sich auf die Antisemiten bis vor kurzem verlassen, solange sie noch das Exklusivrecht an solchen Parolen hatten. Sie haben mit einem markigen „Sajjud“ hier und einem Paket „Ariel“ dort noch immer dafür sorgen können, dass man weiß, wen sie am meisten hassen. Doch die Parole vom „amerikanischen Exiljuden“ im letzten Vorarlberger Wahlkampf ging schon nach hinten los. Auf der Agenda des freizeitlichen Kampagnechefs Alexander Seger (einem Hamburger, der als evangelikaler Sektenanhänger angefangen und nun in der Schweiz lebend die SVP als Dauerkunden gewonnen hat) hat dieser „Ausrutscher“ vermutlich nicht gestanden. Auf dieser Agenda standen „Deutsch ist Pflicht“ und „Keine Minarette“.

Inzwischen hat sich auch H.C. Strache auf die Spuren seiner europäischen Kollegen gemacht. Vor einem Jahr überraschte er die Öffentlichkeit aber auch sein eigenes Fußvolk damit, nach Israel zu reisen. Sein Programm war nicht so überraschend, wie man meinte. Er besuchte gemeinsam mit anderen europäischen Rechtspopulisten eine Veranstaltung rechtsradikaler Siedler, die sich Gedanken darüber machten, wie die „Islamische Terrorgefahr“ gebannt werden kann, sprich, wie das Westjordanland und der Osten Jerusalems endgültig unter Kontrolle gebracht werden können. Und er besuchte die israelische Gedenkstätte Yad Vashem. Arrangiert hatte das Ganze ein freiheitlicher Gemeinderat in Wien, David Lasar. Doch für eine Verschwörungstheorie taugt das auch nicht. David Lasar, der aus einer Vorliebe für die Israelische Rechte und seiner Verachtung für den Islam kein Geheimnis macht, liegt auch seit Jahren im Clinch mit der jüdischen Gemeinde. In der

FPÖ hat er ein Betätigungsfeld gefunden, das ihm eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit beschert. Und die Möglichkeit, seinen politischen Prioritäten nachzugehen. Der israelischen Regierung, so rechts, wie sie auch sein mag, war H.C. Strache allerdings nicht geheuer, keiner wollte ihm die Hand geben und ihn empfangen. Österreichische Rechtsradikale haben da, im Gegensatz zu amerikanischen, wohl noch lange keinen wirklich „guten“ Ruf.

Mehr Sorgen muss es einem da machen, dass auch der politische Mainstream in Österreich beginnt, die „Juden“ als Vorzeigemigranten zu entdecken. Und manche jüdische Zeitgenossen sich tatsächlich darin gefallen, für dieses abgeschmackte Spiel den nützlichen Idioten zu spielen. Auch in der angeblich „kritischen“ jüdischen Zeitschrift „Nu“ konnte man solche Töne schon letztes Jahr vernehmen. Martin Engelberg verteidigte in seiner Kolumne das „Judeo-christliche Erbe“ gegen jene „muslimischen Einwanderer“, die sich offenbar nicht genug Mühe geben. Und nennt eine echte Kandidatin für den Titel des Supermigranten: eine kanadische Diplomatin, die mit ihrer mittellosen Familie als Jüdin aus Marokko in den 1950er Jahren nach Frankreich gekommen war. Nun, die Familie dieser Migrantin hatte vermutlich schon ein paar Jahrhunderte Bildungskarrieren im ansonsten leichten Gepäck. Aber wahrscheinlich würde auch sie sich dagegen verwehren, nun als Vorzeigemigrantin gegen jene ausgespielt zu werden, die es heute am schwersten haben. In einer Einwanderungsgesellschaft, die sich selbst als solche offenbar verachtet und in ihrer politischen Kultur verächtlich macht. Wie soll da Wertschätzung entstehen, gegenüber denen, die da kommen.

Es bleibt abzuwarten, ob dieses neue intellektuelle Hofjudentum in Österreich Schule machen wird. Genug kritische Geister gibt es schließlich auch.

Und ich bin gespannt, wer sich vor dem Vorhang des Integrationsstaatssekretärs treffen wird. Vielleicht beginnt damit ja tatsächlich ein neues Kapitel der österreichischen Integrationspolitik. Ein paar Zweifel sind vorerst einmal angebracht.

Fußnote:

¹ Vorarlberger FPÖ-Politiker Dieter Egger im Zuge der Landestagswahl 2009.

Hanno Loewy
ist Literatur- und Medienwissenschaftler und Direktor des Jüdischen Museums Hohenems.

MISSION FRIEDEN

Juden und Muslime im Dialog

Valerie Prassl

Ein österreichischer Verein bringt junge Juden und Muslime aus der ganzen Welt zum Dialog zusammen. Die neue Generation trifft sich bei der „Muslim Jewish Conference“, die nächsten Sommer zum dritten Mal stattfinden soll.

Mohamed ist 24 und lebt im pakistanischen Karatschi. An der Universität studiert er Internationale Beziehungen. Er beschäftigt sich mit der politischen Situation der islamischen Republik und versucht sich aktiv für Veränderungen im Land einzusetzen. Über das Internet ist er mit der Welt verbunden, er ist Teil politischer Initiativen, sucht den Dialog. Mohamed gehört zu der jungen Generation Pakistans, die für Weltoffenheit und Liberalität steht. Er möchte später seinen Aktivismus beruflich umsetzen, will einer derjenigen sein, die mithelfen das Land zu modernisieren, es zu öffnen, zu demokratisieren. Er macht sich Sorgen über die angespannte politische Situation in seiner Heimat. Seine Informationen über Israel und Juden bezieht er hauptsächlich aus der antisemitischen Berichterstattung der nationalen Medien. Mohamed hat viele Fragen, doch nur wenige Antworten. Dem Bild, das ihm die Medien vermitteln, vertraut er nicht. Er möchte sich besser informieren, an objektive Quellen herankommen.

Tamara ist 22 und lebt in New York. Sie ist Jüdin und neugierig. Seit der Schulzeit engagiert sie sich in jüdischen Organisationen. Religiös ist sie nicht, sagt sie, aber sie sei Traditionalistin. Über die Situation im Nahen Osten macht sie sich Sorgen. Sie würde gerne etwas zum friedlichen Zusammenleben von Juden und Muslimen beitragen. Die Studentin überlegt sich schon lange wie es zu einer besseren Verständigung zwischen den

beiden Kulturkreisen kommen könnte. Bisher hatte Tamara keinen persönlichen Kontakt mit Muslimen.

Mohamed und Tamara stehen symbolisch für viele junge Muslime und Juden, die den interkulturellen Dialog suchen. Sie sind seit einigen Monaten im „Global Muslim Jewish Friendship Forum“ aktiv. Das ist eine Plattform innerhalb des Social-Networks Facebook, auf der bereits etwa 400 User beteiligt sind. Dieses Forum bietet jungen Juden und Muslimen die Möglichkeit in einen persönlichen Dialog zu treten, egal wie weit sie von einander entfernt leben. Die friedliche Kommunikation dreht sich oft um hochbrisante Themen: über aktuelle politische Geschehnisse und auch über aggressive Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Doch auch über Filme, Musik und Gemeinsamkeiten beim Essen oder bei den beiden religiösen Traditionen tauschen sich die jungen User aus.

Wer bereit ist, zuzuhören

Das Online-Netzwerk wurde im Juli 2011 bei der „Muslim Jewish Conference“ (MJC) in Kiew ins Leben gerufen. Die jährliche Konferenz ist eine Initiative österreichischer Studierender, deren Ziel es ist einer persönlichen Begegnung von Muslimen und Juden Raum zu verschaffen. Die Idee stammt von dem 28-jährigen jüdischen Studenten Ilja Sichrovsky aus Wien. Gemeinsam mit einem engagierten Team von freiwilligen Helfern organisiert er seit 2010 das jährliche Friedenstag, das letzten Juli in Kiew stattgefunden hat. „Es geht darum, gemeinsam Vorurteile zu zerstören – einfach schon dadurch, dass man etwas gemeinsam macht“, sagt Sichrovsky. Vorurteile, die man fast schon zwangsläufig habe. Damals, als er selbst bei der „World Model United Nations Conference“ teilgenommen hat, habe er zum ersten Mal bewusst Kontakt mit Muslimen gehabt. Und dabei habe er festgestellt, dass man eigentlich gar nichts über einander wisse – abgesehen von den wenigen Schlagwörtern aus kurzen Beiträgen im Fernsehen oder anderen Medien.

Die erste „Muslim Jewish Conference“ fand 2010 in Wien statt. 60 Studierende

aber auch im Berufsleben stehende junge Menschen aus über 25 Ländern haben daran teilgenommen – die eine Hälfte Juden, die andere Muslime, von streng religiös bis säkular. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte nach rein inhaltlichen Kriterien. Bedingung seitens der Organisatoren war, dass die Bewerber bereit seien, schlicht und einfach zuzuhören.

In drei thematischen Komiteegruppen diskutierten die jungen Aktivisten über fünf Tage lang. Eines der drei Hauptthemen war der Bereich Antisemitismus und Islamophobie. „Wir wollen die Begriffe nicht gleichstellen, aber es gibt hier doch, vor allem subjektiv, für Opfer beider Phänomene einige Ähnlichkeiten“, meint Sichrovsky. Als zweiter großer Punkt wurde die Frage behandelt, wie man mithilfe von Bildung gegen Vorurteile ankämpfen kann. Die Rolle der Medien und wie man zu einem Abbau von gegenseitigen Stereotypen in der öffentlichen Berichterstattung beitragen könne, war ein weiterer wichtiger Themenschwerpunkt. Die Konferenz konnte nach nur fünf Tagen mit einer gemeinsamen wissenschaftlichen Deklaration abgeschlossen werden.

Eine der schwierigsten Herausforderungen ist allerdings den Dialog und die gemeinsamen Initiativen auch nach Beendigung der Konferenz aufrecht zu erhalten, wenn der Alltag wieder eingekehrt ist und die intensive Begegnungsarbeit der Konferenz weiter in die Vergangenheit rückt. Deshalb haben die Organisatoren die zweite „Muslim Jewish Conference“, die vergangenen August in Kiew stattfand, unter das Motto *A Call for Action* (Aufruf zur Aktion) gestellt. In diesem Jahr gab es fünf thematische Komitees, in denen die Teilnehmenden konkrete Projekte entwickelt haben, die nun in ihren Heimatgemeinschaften oder auch online umgesetzt und das ganze Jahr über weitergeführt werden sollen. Neben dem „Global Muslim Jewish Friendship Forum“ wurden auch andere Projekte im Netz umgesetzt. *JaMGroupTherapy* ist eine Initiative, die zum Abbau von antisemitischen und islamophoben Stereotypen durch den Einsatz von schriftlichen und Video-Testimonials beiträgt. Jeder



Generalsekretär Ilja Sichrovsky und Vize-Generalsekretärin Ayşe Cindilkaya
Illustration nach Fotos von Daniel Shaked

ist eingeladen mitzumachen und seine persönliche Geschichte zu erzählen.

In Pakistan wurde Ende August erneut eine Sommerschule abgehalten, in der das Wissen und die Erfahrungen, die bei der Konferenz gesammelt wurden, von den Organisatoren, die bei der MJC teilnahmen, an die nächste Generation und an Menschen, die nicht die Möglichkeit haben die weite Reise nach Europa anzutreten, weitergegeben wurde. 50 Kinder und junge Erwachsene wurden bezüglich Vorurteile gegenüber anderen Kulturen und Religionen aufgeklärt. Ein großer Schritt in einem Land, das Israel offiziell nicht anerkennt.

Derzeit ist das ambitionierte Organisationskomitee, dessen Mitglieder über fünf Kontinente verstreut arbeiten, schon mit den Vorbereitungen für die dritte Konferenz im Sommer nächsten Jahres beschäftigt. Aufgrund der räumlichen Distanzen organisiert man sich über E-Mail, Facebook und Skype. Wöchentlich gibt es eine Video-Konferenz, in der die wichtigsten Themen der Tagesordnung besprochen werden. Dass die Organisatoren sich an unterschiedlichen Orten mit unterschiedlichen Zeitzonen befinden, erschwert manchmal die Kommunikation. Vor allem wenn es um wichtige Entscheidungen geht und unter Zeitdruck gearbeitet wird. Die Mitarbeiter

des Presse-Ressorts zum Beispiel, welche sich um die Außenrepräsentation der Konferenz kümmern, sind über Wien, Krakau New York, Jerusalem und Lahore verteilt.

Alle Helfer und Helferinnen arbeiten auf freiwilliger Basis, verdienen also kein Geld. Eine der größten Herausforderungen für die Organisatoren ist die Finanzierung der Projekte. Den Hauptbeitrag hat bisher die „Karl Kahane Foundation“, eine Schweizer Stiftung, die sonst Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt, bereitgestellt. „Wir arbeiten sehr limitiert. Wir haben kein Büro. Teilweise stimmen wir über Ausgaben mehrheitlich ab“, so Sichrovsky. Bisher mussten die Teilnehmenden nämlich lediglich An- und Abreise selbst finanzieren, Unterkunft und Verpflegung wurde kostenlos von der Organisation zur Verfügung gestellt. „Es ist uns besonders wichtig, auch sozial schwächeren jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, diese Erfahrung zu machen“, erklärt Sichrovsky, dessen Ziel es ist, einen Finanzier für die nächsten Jahre zu finden. Und er ist optimistisch.

Die Veranstalter haben sich nämlich mittlerweile ein riesiges Netzwerk aus internationalen Organisationen und muslimischen und jüdischen Gemeinschaften aufgebaut, mit denen man sich

über interkulturelle Fragen austauscht. Die Studenten und Studentinnen haben geschafft, was manche offiziellen Vertretungen der Religionen bis dato verpasst haben: in einen echten Dialog mit „dem Anderen“ zu treten. Unterstützt wird die Initiative u. a. von der UNAOC (United Nations Alliance of Civilisations), dem österreichischen Außenministerium und dem Bruno Kreisky Forum sowie auch vom österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer oder dem ehemaligen Vizekanzler Alois Mock.

Jährliche Konferenzen und noch mehr

Das Ziel der Organisation ist es die „Muslim Jewish Conference“ weiterhin jährlich abzuhalten. Und noch mehr: „Unsere Vision ist es, eine *Muslim Jewish Agency* zu werden“, so Sichrovsky. Er will den Kompetenzbereich der Organisation ausweiten, das Netzwerk vergrößern und mehrere jährliche Treffen organisieren, um zum wichtigsten Ansprechpartner für muslimisch-jüdische Fragen im Jugendbereich zu werden.

Ein wichtiges Thema im Verhältnis zwischen Juden und Muslimen bleibt bei den Konferenzen zwar nicht ausgeklammert, wird aber mit besonderer Sorgfalt behandelt – der Nahost-Konflikt ist offiziell nicht Fokus einer der Fachkomitees. Und das mit Absicht. Schließlich sei das ein besonders sensibles Thema, bei dem man erst einmal eine „gemeinsame Sprache“ finden müsse, so Sichrovsky. Aus diesem Grund hat man so genannte *Social Events* für die Konferenz geschaffen. Sie geben den Teilnehmenden die Möglichkeit, brisante Themen in einem geschützten Raum miteinander zu besprechen. Hier wird über alles gesprochen, und aufgrund der meist bereits erfolgten Zusammenarbeit in den Fachgruppen sind diese Gespräche weit produktiver, als dies zu Beginn erwartet wurde.

2012 wird die „Muslim Jewish Conference“ wieder in einer anderen Stadt abgehalten werden. In gemeinsamen Veranstaltungen, Debatten und Aktionen soll das weitergegeben werden, was auf der persönlichen Ebene schon funktioniert: dass die nächste Generation von Juden und Muslimen sich ihre Realität gemeinsam schafft.

Valerie Prassl

studiert Politikwissenschaft in Wien.
Sie ist als freie Journalistin tätig und leitet seit 2009 die Pressestelle der „Muslim Jewish Conference“.

DIE ETHIK STEHT ÜBER DER TRADITION

Or Chadasch – Bewegung für liberales Judentum

Theodor Much

Was vielen Menschen – sowohl Christen als auch Juden – bis heute nicht bewusst ist, ist die große Vielfalt, der Pluralismus im Judentum.

gehören sowohl die Konservativen (eine moderne Strömung, die auch Frauen als Rabbinerinnen anerkennt) als auch das Reformjudentum (auch als liberales oder progressives Judentum bezeichnet). *Or Chadasch* (auf deutsch: neues Licht) Wien ist Teil der „Weltunion progressiver Juden“. Diese vertritt rund zwei Millionen Menschen in aller Welt, wobei in den USA rund 80 Prozent aller jüdischen Gemeinden nichtorthodox sind.

Das Reformjudentum nahm seinen Ausgang vor 200 Jahren in Deutschland und schon bald gehörten die meisten deutschen Gemeinden dieser Bewegung an. In Österreich, einem Land, in dem liberale Ideen es immer schwer hatten, gab es vor dem Zweiten Weltkrieg keine liberale jüdische Gemeinde. Das änderte sich erst 1990, als *Or Chadasch* gegründet wurde.

Wofür ein liberales Judentum steht:

1. Eine antifundamentalistische Theologie, die moderne wissenschaftliche Erkenntnisse und Bibelkritik anerkennt und das Dogma von der himmlischen Thora („alles geht auf Moses zurück“) ablehnt und eine fortwährende göttliche Offenbarung in allen Generationen annimmt. Anders als die Orthodoxie betet man in liberalen Synagogen nicht mehr um das Kommen eines Messias (sondern um ein messianisches Zeitalter für die gesamte Menschheit) und auch nicht um die Auferstehung der Toten.
2. Die Notwendigkeit, Traditionen und Gesetze in Abhängigkeit von sozialen und ethischen Notwendigkeiten zu ändern (eine alte jüdische Tradition, die es auch in biblischen Zeiten den Menschen ermöglichte, selbst biblisch fixierte Gesetze außer Kraft zu setzen). Hierbei beruft man sich auf die alten Propheten, die Gerechtigkeit und ethisches Verhalten forderten und der Meinung waren, dass die Ethik über dem Ritual steht.
3. Absolute Gleichberechtigung von Männern und Frauen. In der Synagoge

sitzen sie alle gemeinsam, Frauen sind am Gottesdienst in sämtlichen Belangen gleichberechtigt aktiv beteiligt und Rabbinerinnen sind – ähnlich wie im konservativen Judentum – akzeptiert.

4. Der Gottesdienst wird stets musikalisch (meist von einem Klavier) begleitet und neben der hebräischen Sprache wird auch in der Landessprache gebetet.
5. Liberale Juden sind aktiv am interkonfessionellen Dialog beteiligt und Nichtjuden können problemlos an liberalen Gottesdiensten teilnehmen.

Or Chadasch Wien ist zwar eine kleine, aber sehr aktive Gemeinde. Sie wurde 1990 als allererste liberal-jüdische Gemeinde in Österreich gegründet, auch um österreichischen Juden und Jüdinnen erstmalig zu ermöglichen ein zeitgemäßes Judentum, in dem auch Frauen ihre Spiritualität in der Synagoge aktiv und gleichberechtigt ausüben können, zu (er)leben.

Neben regelmäßigen Gottesdiensten am Schabbat und zu allen Festtagen, organisiert *Or Chadasch* kulturelle Veranstaltungen, ermöglicht gemeinsames Lernen (Kurse für Religion und Hebräisch für Erwachsene und Kinder), bietet – obwohl das Judentum nicht aktiv missioniert – einen Konversionskurs an, für Mitglieder steht auch eine wohl sortierte Judaika-Bibliothek zur Verfügung und besitzt einen eigenen Friedhof.

Da die Gemeinde, die nur von Spenden und Mitgliedsbeiträgen lebt, sich keine/n Fulltime-Rabbinerin oder Rabbiner (sondern nur einen Gastrabbiner, der einmal im Monat für ein Wochenende Wien besucht) leisten kann, leiten Gemeindemitglieder die meisten Feste und Gottesdienste.

Gäste sind bei liberalen Gottesdiensten stets willkommen.

www.orchadasch.at

Theodor Much

ist seit 21 Jahren Präsident der Or Chadasch – Bewegung für progressives Judentum und im interkonfessionellen Dialog aktiv.

Seit jeher war das Judentum pluralistisch. Schon zur Zeit von Jesus von Nazareth gab es unzählige jüdische Fraktionen mit unterschiedlicher Theologie und divergierenden Traditionen, die sich oftmals heftig und blutig bekämpften. Heute ist die Vielfalt im Judentum noch größer geworden. Während die Mehrzahl der Juden säkular ist (also sich kaum um Religion kümmert), existieren weltweit unterschiedliche religiöse Gruppierungen, die miteinander nicht im allerbesten Verhältnis stehen.

Dabei ist die Orthodoxie (in all ihren Varianten, von moderat bis hin zu ultraorthodox) die kleinste aller religiösen Gruppierungen. Weltweit betrachtet, ist die Gruppierung, die sich als religiös, aber nichtorthodox versteht, der Mainstream im Judentum. Zum nichtorthodoxen Judentum

DIE JUNGE GESCHICHTE EINES SALONS

Ein Raum für unterschiedliche Entwürfe des Jüdisch-Seins

Marek Bożuk

Begibt man sich in Wien auf die Suche nach zeitgenössischem Verständnis jüdischer Kultur, stößt man bald auf den Salon Vienna. Er ist Teil des internationalen Jewish Salon Network, ein Projekt welches 2008 in Tel Aviv gegründet wurde und mittlerweile neben Wien auch in weiteren Metropolen, darunter Amsterdam, Mexico City und Prag, vertreten ist. Die Jewish Salons beabsichtigen, einen Dialog zwischen unterschiedlichen Begriffen von jüdischer Kultur und Identität innerhalb und außerhalb der existierenden jüdischen Gemeinden zu kreieren und zu fördern, denn jüdisch sein ist nicht gleich jüdisch sein.

Durch die Diaspora sind Jüdinnen und Juden mit multiplen kulturellen Identitäten aufgewachsen. Nicht nur sind die kulturellen Ausprägungen in verschiedenen Ländern unterschiedlich, besonders innerhalb von Städten wie Wien wird deutlich, auf wie viele verschiedene Weisen das Judentum gelebt werden kann. Es gibt orthodoxe, liberale, säkulare Juden, einige die stark in der Gemeinde involviert sind, andere sind es weniger, wieder andere gar nicht, manche verbinden ihre jüdische Identität mit Israel, manche mit der Shoah, andere mit ihrer Familientradition oder ihren Freunden, und sie alle bekennen sich zum Judentum.

Vor diesem Hintergrund arbeitet der *Salon Vienna* daran, ein junges und modernes Verständnis des Judentums zu prägen, indem er Raum für ein zeitgemäßes Miteinander dieser unterschiedlichen Entwürfe des Judentums bietet und die Vielfalt sowie Vielschichtigkeit jüdischen Lebens einem breiteren Publikum eröffnet. Der Rahmen, den der Salon dafür bietet, reicht von Konzerten, eigenen Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen häufig

gemeinsam mit renommierten Partnern bis hin zu Chanukka-Feiern. Im Salon begegnen Menschen einander im Austausch über das Eigene, das Nahe und das Fremde, Bestehendes wird dabei gefestigt und erweitert, man lernt von und über einander. Die soziale Bindekraft des Salons, eine seiner wesentlichen Stärken, ermöglicht es verhältnismäßig heterogene Gemeinden zusammenzuführen. Es kommen Menschen, von denen immer mehr ihre eigene Identität als eine kulturell hybride(!) begreifen und die am Judentum von seinen traditionellen Wurzeln bis zu seinen zeitgenössischen Varianten teilhaben wollen.

Die zur Zeit ca. 8000 Mitglieder zählende *Israelitische Kultusgemeinde Wien* ist eine Einheitsgemeinde. Sie verbindet unter dem Dach der halachischen Auslegung alle Juden in einer Gemeinde. Vertreten werden diese durch einen demokratisch gewählten, nach dem Parteiensystem organisierten Vorstand. Grundlegende Divergenzen zu überbrücken, fällt nicht immer leicht, und es kommt immer wieder zu Auseinandersetzungen innerhalb des Vorstands. Es wird geschätzt, dass in Wien weitere 4000 bis 7000 Juden leben, welche nicht der Gemeinde angehören und damit natürlich auch nicht im Vorstand repräsentiert sind.

Frischer Wind in die Gemeinde

2007 kam frischer Wind in die politische Landschaft der Kultusgemeinde. Eine Gruppe engagierter Menschen diverser professioneller und kultureller Herkunft gründete eine neue Partei namens *Gesher* (auf deutsch: Brücke), die bei der letzten Vorstandswahl mit zwei Mandaten in den Senat der Kultusgemeinde einzog. Ihr Engagement erstreckte sich in erster Linie auf kulturpolitische Themen. Zentral war auch der Wunsch, eine Plattform für ein zeitgenössisches Selbstverständnis des Judentums im heutigen Wien zu schaffen, welche die Auslebung eines modernen und stolzen Judentums nach der Shoah unterstützt. Dieses Anliegen wurde von einigen Gemeindegliedern lobend aufgenommen, stieß jedoch im Establish-

ment nicht nur auf Unterstützung. Neue, moderne Konzepte von jüdischer Kunst und Kultur innerhalb der existierenden Aktivitäten der Gemeinde umzusetzen, war ein wichtiger Aspekt, gestaltete sich jedoch anfangs mitunter sehr schwierig.

Als die beiden *Gesher*-Delegierten Judith Scheer und Yvonne Feiger im Sommer 2008 bei einem Seminar auf Itay Mautner trafen, entstand die Gründungsidee für ein neues Kulturkonzept. Der Israeli Mautner, der damals seine Arbeiten bei „Kunst im öffentlichen Raum“ präsentierte, lenkte den Blick der beiden Wienerinnen auf die zeitgenössische israelische Kunst und auf ein Projekt, dessen Kreativdirektor er war, das *Jewish Salon Network*.

Vater des Netzwerks ist der Tel-Aviver Benny Bailey. Er bereiste Europa und dessen jüdische Gemeinden und stellte mit Verwunderung fest, dass die dortigen jungen Gemeindeglieder nur selten die Aktivitäten der Gemeinde mitgestalteten. Andererseits fand er in allen Städten, die er besuchte, interessierte und gesellschaftspolitisch oder kulturell aktive junge Juden, die mit ihm in Dialog traten. Nach etlichen Gesprächen erkannte er, dass ihre Verärgerung und Enttäuschung darüber, dass ihre Visionen und Ideen kaum in die Gemeinden einfließen, sie von diesen distanziert hatte. Das *Jewish Salon Network* sollte weltweit Räume schaffen, in denen die Auseinandersetzung mit dem eigenen Zugang zu jüdischer Identität formuliert werden kann und zeitgenössische jüdische Kunst und Kultur einen Platz haben. Genau das war es, was *Gesher* suchte.

Bald darauf, im September 2008, kamen einige junge Menschen in Wien zusammen, die ihrem persönlichen Bezug zum Judentum Ausdruck verleihen wollten und das vorwiegend mit künstlerischen Mitteln. Die Idee des entstehenden *Salon Vienna* wurde deutlicher, bis er sich schließlich im April 2009 unter dem offiziellen Namen „*Salon Vienna – ein jüdischer Kulturverein*“ als Verein konstituierte. Noch im selben Monat wurde die erste Off-Space-Ausstellung *Bereschit* (auf deutsch: am Anfang) lanciert – eine Auseinandersetzung mit der Schöpfungsgeschichte unter dem Motto



„7 Tage, 7 Räume, 7 KünstlerInnen“ und der Beginn eines Projekts, das inzwischen zu einer fixen Kulturinstitution in Wien geworden ist.

Aus jedem der fünf Bücher Mose ein Thema herauszugreifen und diesem eine eigene größere Veranstaltung zu widmen, ist eine der längerfristigen Veranstaltungsreihen des *Salon Vienna*. Nach dem Auftakt mit *Bereschit*, dem ersten Buch, wurde das zweite Buch *Schemot* mit einem Konzert der israelischen Band *Funk'n'stein* im Ost Klub und interaktiven Installationen zu den zehn Plagen sowie dem goldenen Kalb umgesetzt. Das dritte Buch, *Wajikra*, bisher die jüngste Veranstaltung dieser Reihe, wurde als Diskussion über „Freiheit und Regeln“ im Café Hawelka realisiert. An diesem Abend debütierte auch eine im *Salon Vienna* entwickelte Diskussionsmethode, das *World Café 2.0*. Diese wurde seither immer weiter verfeinert und kam bei zahlreichen späteren Veranstaltungen des Salons zum Einsatz. Zuletzt in Zusammenarbeit mit dem Metroverlag und dem Jüdischen Museum Wien bei einer Diskussion anlässlich des Erscheinens von Christof Habres Buch „Jüdisches Wien“, in dem auch dem *Salon Vienna* ein Kapitel gewidmet ist, und bei einem post-screening Gespräch über den umstrittenen Film *Defamation* in Kooperation mit dem ORF und dem Grazer Komitee für christlich-jüdische

Zusammenarbeit. Weitere Kooperationen gab es unter anderem mit der *World Zionist Organisation* und der *Anti Defamation League*.

Obwohl der *Salon Vienna* noch jung ist, hat er bereits eine bewegte Institutions- und Vereinsgeschichte hinter sich. In den ersten eineinhalb Jahren seines Bestehens wurde er von Künstlerinnen geleitet, die den Salon auch als Forum begriffen, um eigene Arbeiten zu präsentieren. Nachdem sich das ursprüngliche Team nach erfolgreichem Abschluss der Teilnahme am *SOHO in Ottakring-Festival 2010* auflöste, dauerte es ein gutes Jahr, bis die Arbeit des Salons in vollem Umfang unter neuer Leitung wieder aufgenommen werden konnte.

Kunst spricht viele Sprachen

Der derzeitige Vorstand ist der Kunst weiterhin sehr verbunden und erlebt diese als ein gemeinsames Identitätsmedium zwischen diversen Kulturen, da die Kunst unzählige Sprachen spricht. Allerdings nähert sich der aktuelle Vorstand größtenteils nun eher von theoretischer Seite der Kunst an. Diese Verhältnisumkehrung hat Platz geschaffen für eine erweiterte Sicht auf die Aufgaben und Funktionen des *Salon Vienna*: Dieser begreift sich nunmehr als Institution und Plattform, die einen sozialen Raum zur Verfügung stellt, in welchem alle

möglichen Schattierungen, Nuancen und Intensitäten einer jüdischen Identität, von ihren Wurzeln bis zu ihren zeitgenössischen Varianten, gelebt werden können. Darin unterscheidet er sich von traditionellen Institutionen einer Gemeinde und siedelt, soziopolitisch gesehen, in einer Grauzone an der Peripherie der kulturellen Identität und stellt demgemäß das Bindeglied zwischen dieser Peripherie und dem traditionellen Zentrum der Kultur dar.

Der *Salon Vienna* richtet sich insoweit an all jene Menschen, die zwar eine Zugehörigkeit zum Judentum verspüren, aber nicht oder nicht ausschließlich an den traditionellen Institutionen und ihren Angeboten teilnehmen wollen: ein Raum für Pioniere, Forscher, Freigeister und Eklektiker, Quereinsteiger, Reisende, Migranten oder schlicht Sympathisanten einer kulturellen Identität – was vor allem das gegenwärtige Salon-Team selbst unter Beweis stellt.

www.jewishsalons.net

Marek Božuk

geboren in Trenčín in der ehemaligen Tschechoslowakei, Philosophieausbildung in Medientheorie in Wien und Lüneburg unter Claus Pias, Gründungsmitglied, Vorstand und Kurator des Salon Vienna.

ANKUNFT MIT HÜRDEN

Jüdische Migration in Relevanz zu Sozialer Arbeit

Gerda Netopil

Vor 1938 lebten über 190.000 Menschen jüdischer Herkunft in Österreich. 120.000 wurden vertrieben, 60.000 ermordet. 1945 umfasste die Gemeinde um die 5.000 Menschen, die das nationalsozialistische Regime überlebt hatten.¹ In der Zweiten Republik erfolgte seitens der Politik keine Rückholung der Vertriebenen aus den Exilländern.

Mitte der 1970er Jahre wurde Österreich zur Drehscheibe der jüdischen Auswanderung aus der Sowjetunion nach Israel. 200 MigrantInnen ließen sich letztlich in Wien nieder und bildeten den Kern der bucharisch-jüdischen Gemeinde. (vgl. Embacher 1995)

Ab 1989/90 erfolgte eine verstärkte Zuwanderung durch Flucht aus den Nachfolgerepubliken der Sowjetunion. Die Zuwanderung wurde 1993 mit der Einführung des Aufenthaltsgesetzes in Österreich eingeschränkt und mit Novellierungen des Fremdenrechtes 2003 und 2005 gestoppt. Im Jahr 2000 lebten ca. 11.000 Menschen jüdischer Herkunft in Österreich (vgl. Halpert 2000), derzeit sind es nach Schätzungen 20.000 Menschen. Während in Deutschland jüdische ZuwanderInnen aus der ehemaligen Sowjetunion als Kontingentflüchtlinge anerkannt wurden (vgl. Weizsäcker 2004), unterliegt in Österreich die jüdische Zuwanderung den allgemeinen fremdenrechtlichen Bestimmungen.

Jüdische MigrantInnen stammen aus den unterschiedlichsten Regionen der ehemaligen UdSSR und sind durch verschiedenste Lebensweisen, Familienstrukturen, Umgebungskulturen und Berufe geprägt (vgl. Kessler 1996). Die aus kaukasischen und asiatischen Regionen stammenden MigrantInnen zählen zu den *Sephardim*,

deren kulturelle Wurzeln eigentlich auf der Iberischen Halbinsel liegen. Ihr religiöser Ritus gleicht jenem der orientalischen JüdInnen aus Aserbaidschan, Usbekistan, Tadschikistan und Georgien. (vgl. Friedmann et al. 1993:33f) *Aschkenasim* hingegen sind deutscher Herkunft, die ursprünglich nach Osteuropa geflüchtet waren und dort ihren eigenen Ritus entwickelten. Sie zählen zur jüdischen Bevölkerung mittel- oder osteuropäischer Abstammung.

Eine Besonderheit der jüdischen Migration ist die Mehrfachmigration. Eine Stichprobe der ESRA-Sozialberatungsdaten hat ergeben, dass knapp 60 Prozent der KlientInnen mindestens zwei Migrationen durchlebt haben. Zumeist erfolgte die erste Migration aus einem Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion nach Israel und nach unterschiedlich langen Aufenthaltszeiten im ersten Einwanderungsland folgte aufgrund bestehender familiärer Beziehungen oder sonstiger sozialer Kontakte oft eine weitere Migration nach Österreich.

Ein Konglomerat an Barrieren

Alle migrationsrelevanten Felder bedingen einander in unterschiedlichem Ausmaß. Besonders Machtstrukturen und rechtliche Rahmenbedingungen haben in der Arbeit mit MigrantInnen maßgeblichen Einfluss auf alle anderen Problemfelder.

Der Zugang zu und die Verteilung von Ressourcen erfolgt für MigrantInnen nicht aufgrund von Bedürfnissen, sondern aufgrund zugewiesener Merkmale, vor allem über das Merkmal der Staatsangehörigkeit bzw. der Aufenthaltsdauer (vgl. Staub-Bernasconi 1998). Voraussetzung für soziale und psychische Sicherheit wäre eine rechtlich abgesicherte Existenz. Die Gesetzeslage verursacht jedoch eine hohe Rechtsunsicherheit für MigrantInnen: Die kontinuierlichen Änderungen in der österreichischen Gesetzgebung haben in der Folge zu einer Situation geführt, in der Betroffene nicht mehr wissen, was zu welchem Zeitpunkt Recht ist, und was nicht. (Gächter 1996:37) Der aufenthaltsrechtliche

Bereich stellt eine zentrale Problematik für MigrantInnen dar, die sich gravierend auf alle anderen Lebensbereiche und -perspektiven auswirken kann. Fremden- und sozialrechtliche Beratung ist daher ein wesentlicher Teil in der Arbeit mit MigrantInnen.

Der sozial-ökologische Bereich betrifft Kriterien wie Bildung, Berufstätigkeit, Wohnort und Infrastruktur. 19 Prozent der in ESRA betreuten KlientInnen mit Migrationshintergrund haben einen mit einer österreichischen Fachschule vergleichbaren Abschluss, fast 18 Prozent haben eine Hochschule im Herkunftsland abgeschlossen. Demgegenüber entspricht ihre Tätigkeit in Österreich jedoch nicht dem Qualifikationsniveau. Problemfelder sind die Nichtanerkennung von Ausbildungen oder langwierige Nostrifizierungsverfahren. MigrantInnen besetzen zumeist die „untersten“ Positionen im österreichischen Beschäftigungssystem und haben vergleichsweise geringe Aufstiegschancen.

In Bezug auf die Kriterien Wohnort und Infrastruktur suchen viele jüdische MigrantInnen eine Wohnoption im Zweiten Wiener Gemeindebezirk, dem Bezirk mit der dichtesten jüdischen Infrastruktur an religiösen und institutionellen Einrichtungen und koscheren Geschäften. Diese Infrastruktur und die Nähe zu Bekannten und Verwandten fördert das Sicherheitsgefühl und stellt eine wesentliche Ressource dar, besonders für ältere MigrantInnen. Grundsätzlich sind MigrantInnen durch einen gänzlichen oder zeitlich langen Ausschluss vom sozialen Wohnungsangebot auf den teureren freien Wohnungsmarkt angewiesen.

Erwerbstätigkeit und Einkommen entscheiden über die Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen und bestimmen die gesellschaftliche Position. Gleichzeitig wird dadurch das soziale Sicherheitsniveau (Arbeitslosen-, Pensions- und Krankenversicherung) definiert (vgl. Staub-Bernasconi 1998). KlientInnen mit Migrationshintergrund leiden oft unter mittel- oder langfristiger Erwerbslosigkeit und damit an fehlendem Einkommen. Grundsätzlich ist die materielle Absi-

cherung durch öffentliche Leistungen für nicht-eingebürgerte MigrantInnen stark eingeschränkt, besonders Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Nur jene MigrantInnen, die Aufenthaltstitel zum Zweck der Niederlassung besitzen und die Sicherheit eines Daueraufenthaltes erlangen konnten, haben nach einigen Jahren die Möglichkeit sozialer Absicherung.

Soziale Netzwerke haben für die Bewältigung von Migration eine entscheidende Bedeutung und stellen wesentliche Ressourcen dar. Einerseits wird Migration oft durch familiäre/persönliche Beziehungen ausgelöst, andererseits sind Familie und soziale Netzwerke die zentralen Ressourcen einer Migration. Familie gilt als identitätsstiftend im Spannungsfeld von Fremdheits- und Diskriminierungserfahrungen in der Mehrheitsgesellschaft. Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen sind in den jüdischen Gemeinden vor allem durch den traditionell-religiösen Bezug stark vorhanden (vgl. Herwatz-Emden 1998). Besonders ältere MigrantInnen sind durch den oftmals nicht mehr möglichen Spracherwerb und das isolierte Leben zu Hause auf ihre ethnische und/oder religiöse Herkunftsgruppe angewiesen. Die verschiedenen ethnischen jüdischen Communities mit ihrem vielfältigen kulturellen Leben sind dabei wichtige Ressourcen. (vgl. Kessler 1996)

Eine Anzahl von Untersuchungen weist auf die starke psychische Belastung durch Migration hin (vgl. Grinberg 1990, Kürsat-Ahlers 1995, Grulke et al. 2004, Wittig et al. 2004). In der Arbeit mit jüdischen KlientInnen mit Migrationshintergrund ist immer darauf zu achten, ob eine traumatische Erfahrung bzw. die Gefahr einer Re-Traumatisierung gegeben ist. Ein erhöhtes Risiko besteht vor allem bei KlientInnen, die gleichzeitig Überlebende der Shoah sind und/oder die eine Zwei- oder Mehrfachmigration durchlebt haben. Die Problemkonstellation von psychischer Vulnerabilität, restriktiver Gesetzeslage und struktureller Benachteiligung bedarf insgesamt eines interdisziplinären und multiprofessionellen psychosozialen Konzeptes. Ganz besonders gilt dies für eine jüdische Gemeinde und ihrer Geschichte von Verfolgung, Vernichtung, Migration und Diaspora.

Fußnote:

¹ Vgl. Embacher 1995, Adunka 2000.

Quellen:

Zielgruppenerhebung der ESRA-Sozialberatung (unveröffentlicht): Quantitative Erhebung (2001), Stichprobe von 80 KlientInnen (2004), Anamnesedaten – über die Stichprobe hinausgehend (2004).

Literatur:

Adunka, Evelyn (2000): *Die vierte Gemeinde. Die Geschichte der Wiener Juden von 1945 bis heute*. Philo Verlag: Berlin/Wien.

Embacher, Helga (1995): *Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945*. Picus: Wien.

Friedmann, Alexander/Hofstätter, Maria et al. (1993): *Eine neue Heimat? Jüdische Emigrantinnen und Emigranten aus der Sowjetunion*. Verlag für Gesellschaftskritik: Wien.

Gächter, August (1996): *Nutzen und Widersinn des Ausländerrechts*. In: *Isotopia* 6/1996, S. 33-46.

Grinberg, Leon/Grinberg, Rebecca (1990): *Psychoanalyse der Migration und des Exils*. Klett Cotta: München/Wien.

Grulke, Norbert/Bailer, Harald et al. (2004): *Migration in die Depression?* In: *Psychosozial* 95/2004, S. 97-106.

Halpert, Marta S. (2000): *Von der bitteren Erfahrung zum gesunden Selbstbewusstsein. Jüdisches Leben in Österreich nach 1945*. in: Ungar-Klein, Brigitte (Hg.): *Jüdische Gemeinden in Europa zwischen Aufbruch und Kontinuität*. Picus: Wien: 33-38.

Herwatz-Emden, Leonie (1998): *Migration und soziokulturelle Lebenswelten: Konfrontation und Veränderung*. In: Büttner, Christian et al. (Hg.): *Brücken und Zäune. Interkulturelle Pädagogik zwischen Fremdem und Eigenem*. Psychosozial-Verlag: Gießen.

Kessler, Judith (1996): *Beispiel Berlin: Jüdische Migration aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990*. Berlin. In: <http://berlin-judentum.de/gemeinde/migration.html> (Zugriff am 07.11.2011)

Kürsat-Ahlers, Elcin (1995): *Migration als psychischer Prozess*. In: Attia, Iman et al. (Hg.): *Multikulturelle Gesellschaft – monokulturelle Psychologie? Antisemitismus und Rassismus in der psychosozialen Arbeit*. dgvt-Verlag: Tübingen: 157-171.

Staub-Bernasconi, Silvia (1995): *Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international*. Haupt: Bern/Stuttgart/Wien.

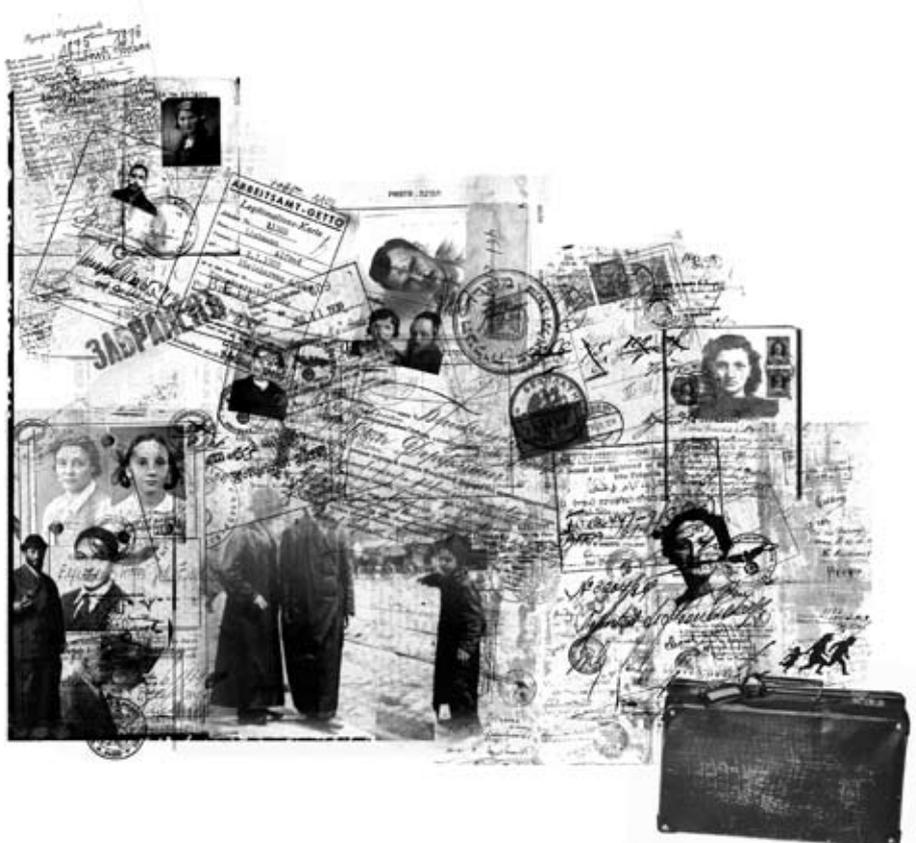
Staub-Bernasconi, Silvia (1998): *Soziale Probleme, Soziale Berufe, Soziale Praxis*. In: Heiner, Maja/Meinhold, Marianne et al.: *Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit*. Lambertus: Freiburg im Breisgau.

Weizsäcker, Esther (2004): *Jüdische Migranten im geltenden deutschen Staatsangehörigkeits- und Ausländerrecht*. In: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 3/2004, S. 93-101.

Wittig, Ulla/Merbach, Martin et al. (2004): *Migration, Gesundheit und medizinisches System*, in: *Psychosozial* 95/2004, S. 71-79.

Gerda Netopil

ist Politologin und diplomierte Sozialarbeiterin und Leiterin des Fachbereiches Soziale Arbeit im psychosozialen Zentrum ESRA.
www.esra.at



DER LANGE WEG AUS DEM TRAUMA

Psychosoziale Arbeit mit NS-Überlebenden

Seit 1995 hat das Psychosoziale Zentrum ESRA 3300 Überlebende des Nationalsozialismus der Ersten Generation betreut. 700 davon sind „child survivors“, also Überlebende, die zwischen 1929 und 1945 geboren wurden. Viele von ihnen leiden aufgrund ihrer Verfolgungsgeschichte an einer schwerwiegenden Posttraumatischen Belastungsstörung. Darüber hinaus werden auch die Folgegenerationen betreut, die häufig aufgrund der Traumatisierung ihrer Eltern und/oder Großeltern ebenfalls Symptome einer Belastungsstörung aufweisen.¹

Soziale Arbeit berücksichtigt im Bereich der kollektiven Traumata drei Ebenen: die individuelle Leidensgeschichte, die gesellschaftlich-politische Ebene und die rechtlich-institutionelle Ebene. In allen drei Bereichen besteht das Risiko einer Re-Traumatisierung.

Auf der individuellen Ebene sind aufgrund der Leidensgeschichte psychische Folgen im Alter wie Angst, Depression und Isolation eine häufige Folge. Durch Chronifizierung kann es zu einer posttraumatischen Belastungsstörung kommen. Viele NS-Überlebende leiden an einer Erschütterung des Grundvertrauens, das zu einem grundsätzlichen Misstrauen in alltäglichen Situationen des Lebens führen kann. Ein sozialer Desintegrationsprozess durch sozialen Rückzug bzw. psychische Einsamkeit kann das weitere Leben beeinträchtigen. Verdrängung und Still-schweigen gelten als inadäquate Formen der Verarbeitung von Traumatisierung. (vgl. Mehari 2002) Umso schwerer wiegen jene kollektiven Traumata, die niemals eine kollektiv-gesellschaftliche Aufarbeitung erfahren haben. (vgl. Ludwig-Kedmi 2005)

Das „Danach“, also der Umgang der Gesellschaft mit Überlebenden des Nationalsozialismus in der Zeit nach der Verfolgung und Vernichtung, entscheidet massiv über das Ausmaß einer möglichen Re-Traumatisierung.

Auf gesellschaftlich-politischer Ebene mussten sich Überlebende nach 1945 mit einer Politik konfrontiert sehen, die die österreichische Gesellschaft als kollektives Opfer darstellte. Die Erinnerung an das Schicksal der Opfer der NS-Vernichtungslager und an die Überlebenden wurde kaum thematisiert (vgl. Rathkolb/Heiss 1995). Materielle Entschädigung für NS-Opfer erfolgte zögernd bis gar nicht, erst in den 1990er Jahren wurde seitens der Politik von einer Mitverantwortung Österreichs gesprochen. Bestimmte Opfergruppen wie Euthanasieopfer und die Gruppe der so genannten „Asozialen“, wurden erst ab 1995 anerkannt.

Getragen wurde der negative Diskurs durch die Opferthese. Die Gesellschaft wollte vergessen, die Überlebenden konnten es nicht. „Zwischen den Juden und Nichtjuden in Österreich besteht ein unsichtbarer Vorhang – gebildet von beiden Seiten. Von den einen, die nicht vergessen können, auch wenn sie es möchten; und von den anderen, die nicht erinnert werden wollen“ (Simon Wiesenthal zit. n. Adunka 2000:524).

Belastende Rechtsverfahren

Auf rechtlich-institutioneller Ebene sind Entschädigungen nach 1945 nur gegen große politische Widerstände erfolgt. Entschädigung für erlittene Leiden wird im sogenannten „Fürsorgeverfahren“ abgehandelt. So hat das entsprechende Opferfürsorgegesetz inzwischen über 60 (!) Novellierungen. Insgesamt erfolgten Gesetzesänderungen sozialrechtlicher und staatsbürgerschaftsrechtlicher Relevanz für viele Überlebende zu spät oder trafen sie erst in einem sehr hohen Lebensalter.

Oft kommt es zu Problemen, wenn Überlebende mit rechtlichen Verfahren konfrontiert sind. Um Rechtsansprüche geltend zu machen, müssen sie sich Fragen von Behörden stellen, die für sie

mit schmerzhaften Erinnerungen verbunden und damit sehr belastend sind. Das Vermeidungsverhalten als Schutz der/des Überlebenden führt oft zur Nichtgeltendmachung von Rechtsansprüchen bzw. zum Abbruch von langwierigen Verfahren, die als sehr belastend erfahren werden.

Unwissenheit und Unverständnis durch Personen der rechtsvollziehenden Behörden haben massiven Einfluss auf die psychische Situation von NS-Überlebenden.

Vor dem Hintergrund dieser historischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingung ist der Anspruch an psychosoziale Behandlung und Beratung von Überlebenden ein besonderer. Trauma ist ein komplexes Geschehen. Aufgrund dieser Komplexität benötigen Überlebende auch komplexe psychosoziale Unterstützung. Nur durch langfristige Vertrauensbildung kann der Weg zu medizinischer und psychotherapeutischer Unterstützung für diese Klientinnen geöffnet werden.

Hier liegt auch der entscheidende qualitative Vorteil der psychosozialen Institution ESRA, die multiprofessionell und interdisziplinär arbeitet: Die psychosozialen Folgen werden aus einer mehrdimensionalen Perspektive verstanden und behandelt, womit der lange Weg für traumatisierte KlientInnen gangbarer und kürzer wird.

Fußnote:

¹ transgenerationale Traumatisierung, vgl. Keilson 1979.

Literatur:

- Adunka, Evelyn (2000): *Die vierte Gemeinde. Die Geschichte der Wiener Juden von 1945 bis heute*. Philo Verlag: Berlin/Wien.
- Keilson, Hans (1979): *Sequentielle Traumatisierung bei Kindern*. Enke: Stuttgart.
- Kessler, Judith (1996): *Beispiel Berlin: Jüdische Migration aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990*. In: <http://berlin-judentum.de/gemeinde/migration.html> (Zugriff am 07.11.2011)
- Ludwig-Kedmi, Revital (2005): *Zwischen Zerschlagen und Bewältigung. Seelisches Überleben nach dem Trauma*. In: *Neue Zürcher Zeitung - Zeitfragen*, 15.01.2005. In: <http://www.tamach.org/index.php?id=72> (Zugriff am 07.11.2011)
- Mehari, Fetsum (2002): *Trauma im interkulturellen Kontext*. In: *Schriftenreihe Asylpraxis*, Band 9, S. 17-34. In: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/SchriftenreiheAsyl/asyl-reihe-band-09.html> (Zugriff am 07.11.2011)
- Rathkolb, Oliver/Heiss, Gernot (Hg.) (1995): *Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914*. Verlag Jugend und Volk: Wien.

KREMS, DIE JUDEN UND DIE NAZIS

Thomas Mördinger



Die jüdische Gemeinde in Krems ist ausgelöscht. Trotzdem wird der jüdische Friedhof in der einstigen nationalsozialistischen Hochburg gepflegt wie wenige andere in Österreich. Die Grünen Bildungswerkstätten Minderheiten und Niederösterreich luden am 2. Oktober gemeinsam mit Bundesrätin Jennifer Kickert und Nationalratsabgeordnetem Albert Steinhauser zu einer widersprüchlichen Exkursion auf den Spuren des jüdischen Krems

Keiner kennt die letzten Kremser Jüdinnen und Juden besser als Robert Streibel. Der Historiker erforschte die davor im Dunkeln liegende braune Vergangenheit seiner Geburtsstadt. In Büchern und Artikeln dieser Menschen zu gedenken, ist Streibel jedoch zu wenig. Die lebendige Erinnerung wurde zu seinem Lebenswerk. So wird er auch nicht müde Geschichten zu erzählen. Geschichten vom jüdischen Alltag. Von den damaligen und den heutigen Nazis. Von den Rückschlägen und den Erfolgen, wenn er die Erinnerung hochhält.

Der jüdische Friedhof liegt versteckt inmitten eines Autobahnkleeblatts. Trotzdem ist er – anders als so viele andere – frei zugänglich. Das Autohaus vis-à-vis verwahrt einen Schlüssel für alle BesucherInnen. Das einzige Hindernis ist das 48 Meter lange

Stahlband mit den Namen und Schicksalen der Mitglieder der letzten jüdischen Gemeinde. Auf den Friedhof können nur jene gelangen, die Hans Kupelwiesers Denkmal wie eine Schwelle überschreiten oder bewusst umgehen. Ein gedankenloses Betreten ist unmöglich. Kaum hat man einen der möglichen Wege gewählt, steht man vor einem nicht minder eindrucksvollen Kunstwerk. Das Aktionskünstler-Duo Clegg & Guttman schuf drei Glasschränke mit jüdischer Literatur in Deutsch, Englisch und Hebräisch. Die Bücher können beliebig mitgenommen und wieder zurückgebracht werden. Eine Leihbibliothek auf dem Friedhof. Ob denn viel daraus gestohlen werde, will jemand wissen. Nein, weiß Streibel zu berichten, es wurden zuletzt sogar mehr Bücher. Schenkungen durch Unbekannt. Überhaupt habe es nie Probleme gegeben. Auch als in der Kremser Region in den 1990er-Jahren Neonazis öffentlich ihr Unwesen trieben, wurde der Friedhof nie behelligt.

Einst ...

Das passt ins Bild der ungewöhnlichen Erzählungen dieses Tages. Die Kremser Juden und Jüdinnen waren einst bekannt dafür, es mit den religiösen Regeln nicht ganz so genau zu nehmen. Deshalb zieren die Fotos zahlreicher Verstorbener ihre Grabsteine. Ganz nach der damaligen Bestattungsmode, aber gegen jede jüdische Tradition. Wie im Tode gab man sich auch im Leben unorthodox. Ausgerechnet die

Söhne des Kantors lasen in der nur spärlich besuchten Synagoge statt der Thora lieber Karl Marx.

Krems selbst steht dem in nichts nach und gibt sich anders als andere Städte. Hier amtierte bereits in den 1920er-Jahren der erste nationalsozialistische Bürgermeister Österreichs. Hier standen schon 1932 SA-Männer vor jüdischen Geschäften und hier ereignete sich das Handgranaten-Attentat, das 1933 das Verbot der NSDAP nach sich zog. Paradoxerweise rettete das alles zahlreiche Leben. Viele erkannten schon früh, dass die Söhne und Töchter Moses' in diesem antisemitischen Kernland keine Zukunft hatten. Sie gingen in die Emigration, als es noch problemlos möglich war.

... und später

Zurückgekehrt sind nur wenige. Und auch erst, nachdem Robert Streibel sie in den 1980er Jahren in Israel aufgesucht und eingeladen hatte. So wanderten noch einmal alt gewordene ExilantInnen durch die Stätte ihrer Jugend. Fanden sich wieder, wo sie einst gelebt, gearbeitet und gefeiert hatten, oder an jener Ecke, wo sie das erste Mal ihrer ersten Liebe begegnet waren. Trotz der späten Versöhnung – geblieben ist von ihnen niemand mehr.

Jedoch ist auch in der entspannten, weil „judenlosen“, Kremser Atmosphäre der latente Antisemitismus nicht verschwunden. Noch heute können viele Alte nicht anders als die Stimme senken, bevor ihnen das Wort „Jud“ über die Lippen kommt. Mehr gehaucht als tatsächlich gesagt. Als wäre es etwas Unanständiges, etwas, das man nicht laut ausspricht. Schon gar nicht, wenn es Fremde hören könnten, oder – Gott behüte – die Kinder! Aber gerade die Jungen haben diese Scheu verloren. 2006 entwarf Streibel mit SchülerInnen Gedenktafeln, die in den ehemaligen Läden an die damaligen BesitzerInnen erinnern sollten. Die Gemeinde verweigerte selbst moralische Unterstützung, nicht jedoch die Geschäftsleute. Binnen weniger Monate hingen in mehr als 20 Schaufenstern Erinnerungstafeln. Andererseits machte 1995 der damalige ÖVP-Bürgermeister Erich Grabner nicht weniger als 300.000 Schilling aus der chronisch blanken Gemeindekasse für Kupelwiesers Denkmal am Friedhof locker. Trotz der Alten und der Neonazis. Oder etwa vielleicht genau deshalb?

Thomas Mördinger
ist Redakteur der Grünen
Bildungswerkstatt Wien.

DURCH DIE SCHICHTEN DES VERGESSENS

Die Fotoalben der Hakoah-Schwimmerin Fritzi Löwy

Vida Bakondy

Ende Oktober 2010 stieß ich in der Sammlung Frauennachlässe am Institut für Geschichte der Universität Wien erstmals auf den Namen Friederike „Fritzi“ Löwy. Ich blätterte durch drei Fotoalben, die Mitte der 1990er Jahre auf einem Wiener Antikflohmarkt gefunden und 2008 an die Sammlung Frauennachlässe übergeben worden waren. Fritzi Löwy wurde als die ursprüngliche Eigentümerin und Gestalterin der Alben ausgewiesen. Sie zählte in den 1920er und 1930er Jahren zu einer der erfolgreichsten Schwimmerinnen über die österreichischen Grenzen hinweg.

Fritzi Löwy, geboren 1910 in der Stuwertstraße 15 im Zweiten Wiener Gemeindebezirk als jüngstes von sieben Kindern, trat Anfang der 1920er Jahre der Schwimmsektion des jüdischen Sportklubs SC Hakoah Wien bei. Mitte der 1930er Jahre beendete sie ihre aktive Schwimmkarriere. In einem Interview anlässlich der 80-Jahres-Feier der Wiener Hakoah 1989, bezeichnete Löwy folgende Leistungen als ihre persönlich größten Erfolge: „Den Europarekord über 200m, wo ich die damalige deutsche Kampfsport-Siegerin Lotte Lehman schlug, und der 3. Platz bei der Europameisterschaft in Bologna 1927. Ein einziges Mal ging damals die österreichische Fahne hoch! [...] Zweimal war ich auch bei der Maccabiah Siegerin, nämlich 1932 und 1935.“¹

In einem der drei Alben findet sich ein Hinweis auf Fritzi Löwys Schwimmkarriere in Form eines eingeklebten Zeitungsausschnittes aus dem schweizerischen Mitteilungsblatt Makkabi von Juli 1944. Aus diesem geht hervor, dass sich „die ehemalige Meisterschwimmerin der Wiener Hakoah, Frau Fritzi Loewy – aus Italien kommend – in einem Tessiner Flüchtlingslager [befindet]“. Löwy setzte diese Information, rot unterstrichen, an den Beginn ihres „Schweiz“-Albums, in dem sie auf den ersten Seiten ihre Flucht aus Mailand in die Schweiz im Frühjahr 1944 sowie den Aufenthalt in diversen Flüchtlingslagern dokumentiert. Für die Darstellung greift Löwy dabei auf das Mittel der Collage (in Form einer Montage von Fotos, Zeichnungen, Karten, Postkarten, Tourismusbroschüren, Briefmarken) zurück, um ihre Fluchtpunkte, ihre Freund_innen und spätere Besuche in der Schweiz zu visualisieren. In seinem Charakter entspricht das Album klassischen Reisealben der 1960er und frühen 1970er Jahre², und gibt dadurch erste Hinweise auf den zeitlichen Entstehungszusammenhang dieser Erinnerungsarbeit. In einem weiteren Album dokumentiert Löwy zwei Parisaufenthalte zu Beginn der 1930er Jahre, vermutlich entstanden im Zuge von Reisen zu internationalen Schwimmwettbewerben. Das dritte Album ist ihrer Familie gewidmet. Wie auch das „Schweiz“-Album, beginnt es mit einer Setzung. Den Auftakt des

Albums bilden vier Schwarzweißfotos von Friedhofsgräbern, die zu unterschiedlichen Zeiten im jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofes aufgenommen wurden: Ein Foto dokumentiert ein frisches Grab, ein weiteres ein Grab mit Grabstein. Im Zentrum der Seite stehen jedoch zwei Abbildungen von einem identischen Grabstein, auf dem die Namen von Fritzi Löwys Eltern und drei Schwestern sowie vier ihrer Nichten verzeichnet sind. Auf den folgenden Seiten finden sich Fotografien von einzelnen Familienangehörigen, die von Fritzi Löwy in Bildunterschriften teilweise mit Ort, Datum, Namen oder Verwandtschaftsbezeichnung ausgewiesen werden. Die Bilder im Familienalbum vermögen – da nicht mehr Teil des persönlichen Kontextes, in dem sie entstanden sind – auf den ersten Blick nicht viel zu erzählen. Die Informationen liegen hier „im Anderswo“³ auf der Rückseite einzelner Fotografien sowie neben und unter dem Bildrand.

Familienalbum als Gedenkbuch

Der französische Philosoph Roland Barthes spricht in seinem vielzitierten Buch „Die helle Kammer“ über das *punctum* einer Fotografie als „Stich“ oder „kleines Loch“, „jenes Zufällige an ihr, das mich besticht (mich aber auch verwundet, trifft)“⁴. In Anlehnung daran haben Leo Spitzer und Marianne Hirsch das Konzept der Erinnerungspunkte entwickelt, um den Zusammenhang zwischen Fotografie und Erinnerung zu fassen: „Ähnlich wie das ‚punctum‘ bei Barthes können bestimmte Erinnerungspunkte die Schichten des Vergessens durchdringen und die Aufmerksamkeit dessen auf sich ziehen, der etwas über die Vergangenheit in Erfahrung bringen will. Zudem ist ein Punkt winzig klein, ein Detail, und kann somit die Bruchstückhaftigkeit der Spuren in der Vergangenheit wiedergeben – etwa in Form eines winzigen Bildes aus verblasstem, brüchigem Papier.“⁵

Die Gegenwärtigkeit von Erinnerungspunkten besticht in Fritzi Löwys Alben. Bei den im Familienalbum versammelten bzw. erhaltenen⁶ Fotos handelt es sich um Porträtaufnahmen, Einzel- und Gruppenfo-

tos von Löwys Eltern, ihren Geschwistern, sowie deren Kindern und Partner_innen. Vereinzelt ist auch Fritzi Löwy selbst im Bild. Wie die jeweilige Rückseite der Bilder verrät, wurden viele zur Erinnerung verschenkt und sollten Grußbotschaften an Familie und Verwandte vermitteln. Verzeichnet sind oft Ort, Datum, Adressat_in und Name des/der Übermittler_in. Zu einzelnen Fotografien hat Fritzi Löwy Kommentare hinzugefügt, die darauf verweisen, dass die Mehrzahl der Fotografien den ursprünglichen Verwendungszusammenhang verloren hat und hier anders/neu zum Einsatz kommt. Es sind Löwys Bildunterschriften, die das Nicht-Sichtbare im Bild, die Geschichte von Verlust, Vertreibung und Ermordung als Folgen der nazistischen Gewaltherrschaft, so augenscheinlich machen. Sie durchbrechen das Schweigen, das von Fotografien potentiell ausgeht, wenn kein persönliches bzw. familiäres Wissen mehr vorhanden ist. Die Bildunterschriften unterlaufen somit auch die Konventionalität und die „Familiarität“ der Fotos und fügen diesen eine vielschichtige Bedeutung als historische Spur hinzu. Drei Fotos von Familienmitgliedern wurden ein paar Monate vor der Ermordung durch die Nazis aufgenommen und verschickt. So lautet etwa die Bildunterschrift zu einem Foto von Fritzi Löwys Schwester Olga, die im Februar 1941 mit ihren drei Töchtern von Wien nach Opole/Polen deportiert wurde: „Mein gutes armes Schwesterl – letzte Aufnahmen aus Opole (Ghetto) 1941“. Neben noch erhaltenen Briefen sind die drei Fotos die letzten Lebenszeichen und Spuren vor der Ermordung. In Anlehnung an Marianne Hirsch können wir diese Fotografien als „stubborn survivors of the intended destruction of an entire culture, its people as well as all their records, documents and cultural artifacts“ verstehen.⁷

Das Familienalbum versammelt jedoch auch Fotografien von jenen Familienangehörigen und Verwandten, die die NS-Herrschaft und den Krieg in Wien überlebten, oder es geschafft haben zu flüchten und sich ein neues Leben in Kanada, England, den USA und Australien aufzubauen.

Fritzi Löwy dürfte im Gedenken an ihre Familie auf eine vertraute Praxis bzw. einen vertrauten Erinnerungsort, das Fotoalbum, zurückgegriffen haben. Darauf verweist die Existenz der zwei anderen Alben, aber auch Schrift- und Klebespuren im Familienalbum, die nahelegen, dass hier ursprünglich Abbildungen von Kunstwerken dokumentiert wurden.⁸ Das Familienalbum wird zu einem Gedenkbuch, das sich einer Familie



Fritzi Löwy, Milano, 1942. Teilnachlass „Schweden“, im Besitz der Verfasserin.



Fritzi Löwy, undatiert. Teilnachlass „Schweden“, im Besitz der Verfasserin.

erinnert und sich ihrer versichert – weil sie nicht mehr da ist.

Die Frage, an wen Fritzi Löwy letztlich ihr „Schweiz“-Album und das Familienalbum adressiert hat, muss unbeantwortet bleiben. Vielmehr jedoch stellt sich die Frage, welche gegenwärtige, erinnerungspolitische Bedeutung den Alben zukommen kann. Fritzi Löwy verknüpft in den Alben subjektive Erinnerungen an ihre Familie und persönliche Fluchtgeschichte mit der kollektiven Geschichte des Nazismus und der Shoah. Sind denn die Alben daher nicht nur als persönliche Erinnerungsarbeit wider das Verdrängen und Vergessen zu werten, sondern auch als marginalisierter Teil des (visuellen) Gedächtnisses über die Shoah in Österreich? Einen ersten Schritt in diese Richtung – ‚die Schichten des Vergessens durchdringend‘ – bedeutet der Eingang der Alben in ein öffentliches Archiv und damit aus dem Kreis des privaten Erinnerungsrahmens hinein in einen öffentlichen, kollektiven.

Fritzi Löwy wird bis heute als erfolgreiche Schwimmerin der Hakoah, die „den Antisemiten zum Trotz“⁹ geschwommen ist, erinnert, sie kehrte 1949 – nach zehn Jahren im Exil in Italien, der Schweiz und Australien – nach Wien zurück, wo sie am 13. März 1994 verstarb. Von ihrem Leben nach ihrer Karriere als Hakoah-Schwimmerin ist wenig bekannt. Der Einblick in den fragmentarischen Nachlass Löwys ermöglicht jedoch vielschichtigere Perspektiven auf ihre Person, nicht zuletzt als Archivarin und Erinnerungsakteurin.

Fritzi Löwys Erinnerungsarbeit eröffnet somit neue Blickwinkel und Erzählungen im Feld österreichischer Erinnerungspolitik.

Darin liegt auch ihre Bedeutung für die Gegenwart.

Fußnoten:

- 1 Interview mit Fritzi Löwy. In: Achtzig Jahre Hakoah, Wien 1989.
- 2 Vgl. Starl, Timm: Knipser (1995): Die Bildgeschichte der privaten Fotografie in Deutschland und Österreich von 1880 bis 1980, Koehler & Amelang: München/Berlin: 139.
- 3 Hirsch, Marianne/Spitzer, Leo: Erinnerungspunkte. Schoahfotografien in zeitgenössischen Erzählungen. In: Fotogeschichte, Jg.25 (2005), Nr. 95, 29-44; 37.
- 4 Barthes, Roland ([1980]1989): Die helle Kammer. Bemerkungen zur Photographie. Suhrkamp: Frankfurt am Main: 36.
- 5 Hirsch/Spitzer (2005): 40.
- 6 Leere Seiten und Bildunterschriften ohne Bild deuten an, dass ein paar Fotos im Zuge der Auflösung des Nachlasses verloren gegangen sind.
- 7 Hirsch, Marianne (1997): Family Frames. Photography, Narrative and Postmemory, Harvard University Press: Cambridge u. a.: 23.
- 8 Auf mögliche weitere Bedeutungen kann an dieser Stelle aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden.
- 9 So lautete der Titel eines Nachrufs auf Fritzi Löwy, den die Historikerin Gabriele Anderl 1994 anlässlich Löwys Ableben in Wien im „Falter“ verfasste (vgl. Falter, 16/1994, 69). Gabriele Anderl hatte Fritzi Löwy Mitte der 1980er Jahre für das Buchprojekt des DÖW „Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten“ interviewt. Es ist meines Wissens das einzig erhaltene, lebensgeschichtliche Interview mit Fritzi Löwy.

Vida Bakondy

ist Historikerin und arbeitet an einer Dissertation zum Nachlass von Fritzi Löwy am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

SEPHARDISCHE TÜRKEN IN WIEN

Okşan Svastics

Ob als Tabak-, Teppich- oder Kaffeehändler – vor 300 Jahren waren türkische Juden, zumeist Kaufleute spezialisiert auf Fernhandel, Teil des kosmopolitischen Wiens.

Jahrhunderte vor der Entstehung des Begriffs „Gastarbeiter“ existierte in Wien eine türkische Gemeinde. Zu Beginn der 18. Jahrhunderts hatte sich eine Gruppe osmanischer Juden spanischer und portugiesischer Herkunft von ihrer Gemeinde losgelöst und sich in Wien niedergelassen, um hier „ein neues Leben“ zu beginnen.¹

Die Friedensverträge von Passarowitz 1718 (Ende des Venezianisch-Österreichischen Türkenkriegs) und Belgrad 1739 (Ende des Russisch-Österreichischen Türkenkriegs) ermöglichten osmanischen und österreichischen Kaufleuten im Territorium der jeweils anderen Handels- und Niederlassungsfreiheit. In Folge konnten die türkischen Juden in Wien ein viel freieres Leben führen, als die österreichischen Juden, die für die Stadt eine jährlich zu erneuernde spezielle Einreisebewilligung benötigten. In dieser Zeit bemühten sich zahlreiche österreichische Juden um die osmanische Staatsbürgerschaft, um einerseits von den durch die Friedensverträge entstandenen Vorteilen zu

profitieren und gleichzeitig dem Druck der einschränkenden antisemitischen Gesetze zu entkommen.

Das Leben der sephardischen Gemeinde in Wien verlief jedoch nicht immer problemlos. Als Kaiserin Maria Theresia die Gruppe türkischer Juden aus dem Land vertreiben wollte, entsandte Diego d’Aguilar, Leiter der Gemeinde, den Rabbi Meir Amigo heimlich nach Istanbul, um den osmanischen Herrscher um Unterstützung zu bitten. Der Portugiese Diego d’Aguilar war über London und Amsterdam nach Wien gekommen und hatte das österreichische Tabakmonopol neu organisiert. Seine Dienste für Österreich waren von Karl IV. mit der Verleihung des Adelstitels Baron belohnt worden. Obwohl d’Aguilar nie auf osmanischem Boden gelebt hatte, galt er als Gründer der sephardischen Gemeinde Wiens.

Rabbi Amigo gelang es über den Goldhändler in der Hohen Pforte, Yuda Baruh, den Sultan über die Absichten Maria Theresias zu informieren. Dieser ließ daraufhin über einen Gesandten die Kaiserin wissen, dass er bereit sei, die aus Österreich vertriebenen Juden im osmanischen Territorium willkommen zu heißen. Infolge dieser Geste sprach Maria Theresia von einem Missverständnis und die sephardische Gemeinde konnte weiterhin in Wien bleiben.

Der Türkische Tempel

Ein Jahrhundert später, im Jahre 1854 stand ein anderer türkischer Jude, Abraham Salamon Kamondo, der Delegation vor, die in Vertretung der österreichisch-jüdischen Gemeinde in Istanbul zur Hochzeit Kaiser Franz Josephs geladen war. Der Kaiser ernannte Kamondo zum Ritter und zum Ehrenbürger Wiens.

Die sephardische Gemeinde hielt ihren Gottesdienst bis zu den 1940er Jahren in gemieteten Räumlichkeiten. Ihr Bethaus in der Oberen Donaustraße fiel im Jahre 1824 einem Brand unbekannter Ursache zum Opfer. Daraufhin siedelte die Gemeinde zuerst in die Mohrengasse, dann in die Fuhrmannngasse (heutige Zirkusgasse). Die 1868 hier errichtete Synagoge konnte den religiösen Bedürfnissen der stark ansteigenden Mitgliederzahl der Gemeinde

nicht gerecht werden. Marcos Rousso, seit 1881 religiöser Führer der sephardischen Gemeinde, initiierte nach seiner Wiederwahl 1885 den Bau einer neuen größeren Synagoge an der gleichen Stelle.

Der 16. November 1885 gilt für die sephardischen Juden in Wien als Wendepunkt. An diesem Tag wurde in der Zirkusgasse 22 im Zweiten Wiener Bezirk der Grundstein der Synagoge gelegt, die fortan „Türkischer Tempel“ genannt werden sollte. Nach zwei Jahren Bauzeit wurde die Synagoge, an deren Tür osmanische und österreichische Fahnen hingen, für den Gottesdienst geöffnet. Die Synagoge war von dem Architekten Hugo von Wiedenfeld unter Einfluss der Architektur der Alhambra in Granada im maurischen Stil entworfen.

Die beiden großen Porträts von Kaiser Franz Joseph und Sultan Abdülhamid II. in der Mittelhalle des Tempels wurden nach der Gründung der türkischen Republik im Jahre 1923 entfernt und mit großen Spiegeln ersetzt. In der Nacht des 9. und 10. Novembers 1938 teilte der Türkische Tempel das Schicksal aller anderen Synagogen in Österreich und Deutschland. Er wurde im Zuge der Novemberpogrome zerstört.

Die wenigen übergebliebenen Objekte religiöser Rituale befinden sich im Jüdischen Museum in Wien, ein Toravorhang ist im Israel Museum in Jerusalem zu sehen. Die wichtigste Spur der osmanischen Juden in Wien bilden die Grabsteine im sephardischen Teil des Wiener Zentralfriedhofs.

Fußnote:

¹ Als Sephardim (hebräisch „Spanier“) werden die Juden und ihre Nachfahren bezeichnet, die bis zu ihrer Vertreibung 1492 und 1531 in Spanien und Portugal lebten und sich nach ihrer Flucht zum größten Teil im Osmanischen Reich niederließen.

Literatur:

Güleryüz, Naim: *Viyana Türk Yahudi Cemaati ve Sinagogu*. In: *Tarih ve Toplum Dergisi*, Februar 2003.
Sevilla-Sharon, Moshe (1981): *Türkiye Yahudileri Tarihsel Bakış*. Kudüs İbrani Üniversitesi: Yerushalayim.

Okşan Svastics

ist Journalistin und Autorin des Buches „Jüdisches Istanbul“, erschienen 2010 im Mandelbaum Verlag.

DER BIERSTREIT ZU GORENJE

Erwin Riess

Der Dozent traf Groll am Mittellauf der Savinja in einer Raststätte in einem kleinen Dorf namens Gorenje, das dem großen Hersteller von Haushaltswaren in der Nachbarstadt den Namen gegeben hatte.

„Der Boom, der dieses Land erfasst hat, ist erstaunlich“, sagte der Dozent. „Die vielen neuen Häuser, der moderne PKW-Bestand und Einkaufszentren selbst in Kleinstädten sprechen für sich. Wenn man früher von Kärnten aus die slowenische Grenze überquerte, fuhr man in ein armes Land, jetzt ist es umgekehrt.“ Der Dozent griff nach der kleinen Speisekarte. Groll nahm sie ihm aus der Hand und bestellte beim Wirt eine Auswahl aus Kapi (Teigtaschen), Krajnska Klobasa (fette Räucherwurst), Potica (Zopf Kuchen) und einen halben Liter Jeruzalemski-Weißwein. Der Ort sei von Deutschordensrittern, die von einem Kreuzzug heimkehrten, Anfang des 13. Jahrhunderts gegründet worden und gebe einem ebenso leichten wie vollmundigen Wein den Namen, erklärte Groll. „Da Sie, verehrter Dozent, den radelnden Rittern der Landstraße angehören, ist der Jeruzalemski für Sie gerade recht.“

Für sich bestellte Groll einen Krug „Cviček“. Einer Frage des Dozenten zuvorkommend, fügte er hinzu, der Wein trage auf Deutsch den schönen Namen „Edelzwicker“, weil er den edelsten Teil des Mannes, die Gurgel, infolge seiner derben Säure recht ordentlich zwicke. Der Dozent wollte ihm nicht glauben. Daraufhin erzählte Groll eine Geschichte. Ein alter Freund von ihm, Werksportier von Gorenje in Pension und Historiker aus Passion, habe sich in das Dorf zurückgezogen, um an seinem Lebensprojekt zu arbeiten. Der Freund sei alkoholkrank und habe die Sucht nicht im Griff, eher sei es umgekehrt, aber er habe gelernt, mit der Behinderung zu leben. „Wenn er viel arbeitet, geht es ihm besser. Er trinkt dann genauso viel wie sonst, aber er leidet nicht darunter. Seit dem Tod Marschall Titos, also seit dreißig Jahren, schreibt Dušan an einem ungewöhnlichen Reiseführer, der die touristischen und architektonischen Sehenswürdigkeiten Sloweniens nur am Rande streift, sich dafür aber auf die für das Gedeihen des Landes wirklich bedeutenden Fragen konzentriert. Mit einem Wort: Er verfasst einen Führer der



industriellen Unternehmungen zwischen Pula und Maribor, Ravne und Ljubljana unter besonderer Berücksichtigung der Lage der arbeitenden Klassen in Stadt und Land. Bei den stürmischen Umwälzungen in den letzten Jahren ist es verständlich, daß sein Werk noch nicht abgeschlossen ist. Das macht Dušans Projekt ja auch einzigartig: Er strebt nichts weniger als die vollständige Beschreibung aller industriellen Beziehungen Sloweniens in Geschichte und Gegenwart an. Gegenwärtig hält er bei Band 14, sieht sich aber immer wieder zu Änderungen in den bereits fertiggestellten Bänden genötigt.

Nun fügt es sich, dass nicht weit von Gorenje, im Kloster Nazarje, ein Franziskaner lebt, der an einem Konkurrenzprojekt arbeitet – einem Reiseführer, der die materiellen Hervorbringungen des Landes zwar erwähnt, seinen Schwerpunkt aber auf die Geistesgeschichte setzt, dies aber von einem areligiösen Standpunkt aus, dem einzig wissenschaftlichen, wie der Franziskaner nicht müde wird zu betonen. Alle sechs Wochen treffen die beiden Wissenschaftler einander in Slasko bei Celje zu gemeinsamer Arbeit und abendlichem

Streit. Mein Freund bevorzugt das hopfige Slasko Pivo, das seit 1851 in Bad Tüffer – so der Monarchienname des Brauerei- und Thermalbades – gebraut wird, der Ordensmann schwört auf das im selben Ort produzierte Zlatorog Pivo, welches in seinem Namen an einen sagenumwobenen Steinbock mit einem goldenen Horn erinnert. Der Streit und die unterschiedlichen Biere feuern die beiden Männer zu Höchstleistungen an. Wird ein Großkapitel fertiggestellt, was alle paar Jahre geschieht, werde ich zur Lektüre eingeladen. Meine Anmerkungen und Kommentare werden dann beraten und, sofern für gewichtig befunden, in die Texte eingearbeitet. Goethe hatte recht: „Zum Biere drängt, am Biere hängt doch alles“, schloss Groll.

„Ich glaube, der Spruch lautet anders“, meinte der Dozent. „Über Ihren Hang zu Verballhornungen sollten Sie einmal mit einem Psychotherapeuten sprechen.“

Er lebe in Floridsdorf, dort konsultierte man keine Psychotherapeuten, sondern Heurige, sagte Groll und orderte noch einen Krug Edelzwicker. Der Dozent antwortete nicht, er ließ den Blick in die Ferne schweifen.

UND WAS SAGT DIE STRASSE?

Radio Stimme fragte die Betroffenen, wie es ihnen mit ihren Namen geht

Alexandra Siebenhofer und Petra Permesser

Wer ist schon zufrieden mit dem Namen, den sich die Eltern – im Glücksrausch offenbar manchmal nicht ganz zurechnungsfähig – für einen ausgesucht haben? Auch Straßen haben so ihre Identitätskonflikte, wenn Stadtmütter und -väter problematische Namen für sie wählen.

gereist, um mit den Betroffenen zu sprechen. So leidet z. B. der Agnes-Miegel-Ring in Wolfsburg sehr unter seinem Namen: „Agnes Miegel hat in ihren Gedichten Hitler gehuldigt und zu Blut- und Boden-Themen geschrieben. Nach dem Krieg hat sie dazu nie Stellung bezogen, weil sie nur Gott gegenüber Rechenschaft ablegen wollte. Ich bin zwar nur eine Straße, aber für mich klingt das eindeutig.“

Nicht alle Straßen sehen das so. Im Zuge der Recherche haben wir auch solche getroffen, die sich gegen ihre Umbenennung aussprechen. So hält der Dr.-Karl-Lueger-Ring fest: „Weil, wenn’s dem Herrn Dr. Lueger den Ring wegnehmen, was bleibt dann noch zu seinem Andenken? Die Dr.-Karl-Lueger-Kirche, der Dr.-Karl-Lueger-Platz, die Dr.-Karl-Lueger-Brücke, das Dr.-Karl-Lueger-Denkmal, die Dr.-Karl-Lueger-Säule und die Dr.-Karl-Lueger-Statue. Das soll reichen?“

Einem Platz im niederösterreichischen Mank ist sein Name sogar so unangenehm, dass er nur anonym bereit war, mit dem *Radio Stimme*-Team zu sprechen – trotz der Tatsache, dass selbst der ÖVP-Parlamentsklub mit einem im Parlament angebrachten Porträt an den namensgebenden Austrofaschisten erinnert.

Wie kommen Straßen zu Namen?

Seit 1850 gibt es Straßennamen und Straßennummern in Wien in ihrer heutigen Form. Ihre Namen erhielten Straßen ursprünglich nach ihrer Lage, Funktion oder Umgebung. Erst im Laufe der Zeit setzte es sich durch, Straßen auch nach Persönlichkeiten zu benennen. Heute ist dafür ein Beschluss des Gemeinderats notwendig. Einzige Voraussetzung: Die Person, nach der die Straße benannt werden soll, muss bereits mindestens ein Jahr tot sein. Wer dann letztendlich Namensgeber_in einer Straße wird, wird wesentlich vom öffentlichen Diskurs zum Zeitpunkt des Gemeinderatsbeschlusses bestimmt. Straßennamen sind daher mehr als Erinnerungen an Personen. Sie erinnern auch an Diskurse und an Machtverhältnisse.

Die Vermutung ist daher naheliegend, dass nach Antisemit_innen benannte Straßen aus der Zeit des Nationalsozialismus stammen. Tatsächlich wurden aber Straßen, deren Benennung zwischen 1938 und 1945 erfolgte, nach 1945 meist wieder umbenannt. Im Austrofaschismus benannte Straßen behielten hingegen häufig ihre Namen. Prominentestes Beispiel dafür ist der Dr.-Karl-Lueger-Ring, der 1934 von „Ring des 12. Novembers“ in „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ umbenannt wurde. Aber auch bereits vor 1933 spiegelt sich unter anderem die antisemitische Grundhaltung der Bevölkerung in der Straßenbenennung wider. Häufig zitiertes Beispiel dafür ist die nach einem Antisemiten benannte Arnezhofstraße. Ihren Namen erhielt sie 1906 von Bürgermeister Lueger, selbst Antisemit. Im Unterschied dazu haben problematische Benennungen in der Zweiten Republik vor allem zwei Ursachen. Einerseits verhinderte der Mythos von Österreich als erstem Opfer des Nationalsozialismus einen geschichtsbewussten Zugang. Die nach dem NS-Euthanasiearzt benannte Dr.-Franz-Palla-Gasse in Klagenfurt ist ein typisches Beispiel dafür. Aber auch als mit der Waldheim-Affäre die kritische Auseinandersetzung mit Österreichs Rolle im Nationalsozialismus begann, kam es in manchen Fällen dennoch zu unreflektierten Benennungen, wie beispielsweise die Ichmanngasse und die Margret-Dietrich-Gasse in Wien belegen. Beide Namen sind Resultat einer sehr oberflächigen Recherche rund um die Namensgeber_innen und in dieser Form am Wiener Stadtplan heute nicht mehr zu finden. Die Ichmanngasse heißt heute Simon-Wiesenthal-Gasse, die Margret-Dietrich-Gasse wurde in Helene-Richter-Gasse umbenannt.

Die Strategien im Umgang mit den schwierigen Namen sind vielfältig und reichen von kreativ bis verbohrt. Eine Straßenumbenennung ist in der Praxis eher der zuletzt eingeschlagene Weg. Im Fall der Simon-Wiesenthal-Gasse und der Helene-Richter-Gasse war eine Umbenennung vor allem deswegen möglich, weil an betreffenden Orten zu diesem

Wir alle kennen sie: Konflikte um die Umbenennung von Straßen mit problematischen Namen, etwa die Auseinandersetzung um Karl Lueger als Namensgeber der Wiener Ringstraße. All diesen Diskussionen ist gemein: die Betroffenen selbst kommen nicht zu Wort. Was aber würden diese Straßen sagen, wenn sie über ihre Namensgeber_innen sprechen könnten? Was, wenn auch Straßen dazu Stellung beziehen könnten, wem sie bis in alle Ewigkeit huldigen müssen?

Radio Stimme hat keine Kosten und Mühen gescheut und nicht nur Straßen in Wien getroffen, sondern ist auch nach Langenwang, Klagenfurt und Wolfsburg

Zeitpunkt noch keine Anrainer_innen lebten. Normalerweise ist eine Umbenennung keineswegs einfach, wie vor ca. acht Jahren die Diskussion rund um die Kernstockgasse in Kapfenberg gezeigt hat. In der *Radio-Stimme*-Straßenbefragung meint die Kernstockgasse dazu: „Das ist aufgrund der Bewohner_innen gescheitert. Es war ihnen zu anstrengend, eine andere Adresse zu bekommen. Ein damals dort ansässiger Architekt hat sich hier besonders hervorgetan. Deswegen hat sich die SPÖ nicht d'rüber getraut, den Vorschlag in den Gemeinderat zu bringen.“

Kreative Lösungen

Ein neuer Name ist für die politisch Verantwortlichen oft mit einem zu hohen organisatorischen Aufwand verbunden. Weniger aufwändig erscheint oft eine Kontextualisierung des problematischen Straßennamens, beispielsweise mit einer Zusatztafel. Im Falle der Arnezhofstraße wurde diese Lösung gewählt. Allerdings ist die Biografie des antisemitischen Kommissärs Arnezhof von öffentlicher Seite – obwohl angekündigt – bis dato noch nicht thematisiert. Dies erfüllt zwischenzeitlich eine Kunstinstallation in der Straße, mit der die von Arnezhof angeleitete Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus dem Wiener Ghetto im 17. Jahrhundert thematisiert wird. Für eine Kontextualisierung des Namensgebers

hat sich die Stadt Wien im Fall der Arnezhofstraße nach Angaben der Verantwortlichen auch deshalb entschieden, um durch die Umbenennung nicht erst recht die Geschichte zu verleugnen oder zu beschönigen. Ganz von der Hand weisen lässt sich diese Argumentation nicht. Allerdings kann eine Kontextualisierung des Straßennamens immer nur vor Ort erfolgen. Bei Adressangaben, auf Briefen und in Stadtplänen fehlt die Erklärung zwangsläufig. Die Arnezhofstraße im Interview mit *Radio Stimme* dazu: „Wer will denn schon auf seiner Visitenkarte stehen haben ‚Arnezhofstraße 6 – die ist übrigens nach einem Antisemiten benannt.‘“ Außerdem schließen sich Kontextualisierung und Umbenennung durchaus nicht aus. „Was spricht dagegen, mit einer Infotafel auf die erfolgte Umbenennung hinzuweisen?“, so die Straße aus dem 2. Wiener Gemeindebezirk.

Die bisher kreativste Lösung wurde beim Schlesingerplatz im 8. Wiener Gemeindebezirk umgesetzt. Ursprünglich nach dem antisemitischen Wissenschaftler und Politiker Josef Schlesinger benannt, heißt er seit 2006 zwar nicht anders, aber nunmehr nach der Publizistin, Politikerin und Frauenrechtlerin Therese Schlesinger.

Weil es häufig an kreativen Einfällen oder am Willen zur Kontextualisierung mangelt, werden Straßennamen aber in vielen Fällen weder geändert noch kontextualisiert. Damit bleibt die Problematik rund um die

namensgebende Person der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Die Diskussionen zu Straßenbenennungen werden wohl auch in Zukunft nicht abreißen, und das nicht nur im Fall der Arnezhofstraße. So beabsichtigt beispielsweise die rot-grüne Stadtregierung, sämtliche Straßennamen Wiens vom Institut für Zeitgeschichte überprüfen zu lassen.

Wie werden Straßen durch ihre Namensgebung zur Verkörperung eines Diskurses? Wie werden Diskurse und Erinnerung in den Raum zementiert? Diese Fragen will *Radio Stimme* mit dem akustischen Experiment „Straßenbefragung“ aufwerfen.

Eines ist klar: Der Druck der Straßen wächst. Ein Beispiel dafür sind die über 50 Kernstockgassen, -straßen und -plätze, die sich bereits in einer Selbsthilfegruppe zusammengeschlossen haben: „In der Selbsthilfegruppe bereiten wir grad ein Vernetzungstreffen vor. Mit Aktionen im Web 2.0 wollen wir dann den Druck der Straßen so erhöhen, dass wir neue Namen bekommen.“

Die *Radio Stimme* Straßenbefragung ist eine Serie von 5-10 minütigen Beiträgen, nachzuhören unter http://tiny.cc/rast_strassenbefragung

**Alexandra Siebenhofer
und Petra Permessier**
sind Redakteurinnen bei
Radio Stimme.



das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet

www.radiostimme.at

Wien	Orange 94.0
Innsbruck	FREIRAD
Graz	Radio Helsinki
Kärnten / Koroška	Radio AGORA
Bludenz	Radio Proton
Salzburg	Radiofabrik
Linz	Radio FRQ
Salzkammergut	Freies Radio Salzkammergut
Kremstal	Freies Radio B138
Berlin	Radio Alex

DU UND ICH, DAS SIND WIR

Auftakt zur Projektreihe *Pimp my Integration*



Gruppenbild mit KuratorInnen von „Pimp my Integration“ und DiskutantInnen © daskunst

Abbildung postmigrantischer Identitäten in der österreichischen Kultur und Gesellschaft: So komplex der Untertitel zur Podiumsdiskussion zum österreichischen Nationalfeiertag, „Wer ist wir?“, klang, umso erfrischender waren die Antworten der Gäste auf die erste Frage nach dem jeweiligen individuellen „Wir“. So erzählte der Religionspädagoge Ednan Aslan, er habe vor der Diskussion seine Frau gefragt, wer „wir“ sei. Ihre prompte Antwort: „Du und ich, das sind wir.“

Zur Auftaktveranstaltung der Projektreihe postmigrantischer Positionen *Pimp My Integration* waren neben Ednan Aslan die Kultur- und Sozialanthropologin Sabine Strasser, der Migrationsforscher Erol Yıldız, die Journalistin Olivera Stajić sowie der Generaldirektor der RLB NÖ-Wien, Georg Kraft-Kinz, geladen, um unter der Leitung von Hikmet Kayahan über die Konstrukte „Wir“ und „Ihr“ zu diskutieren.

Gemeinsam war den Antworten auf die einleitende Frage „Wie definieren Sie Ihr persönliches Wir?“ der Verweis auf den prozesshaften Charakter der „Wir“-Bildung, Stichwort: *under construction*.

Der Kölner Bildungswissenschaftler Erol Yıldız, der seit 2008 an der Klagenfurter Alpen-Adria-Universität lehrt, setzt sein persönliches „Wir“ einer vertrauten Struktur gleich, die ihm woanders fehlt. Die Frage nach dem „Wir“ sei aber eine ausschließlich westeuropäische Frage, ja eine Luxusdebatte. Das „Wir“ der Universitätsprofessorin Sabine Strasser hingegen besteht in einer „parafamiliären Amikalgemeinschaft“, vereint durch die vielen Neins gegenüber

normativen Strukturen wie Nation, Ehe oder Familie. Ähnlich Olivera Stajić, Redaktionsleiterin bei *dastandard.at*, online-Ausgabe der Tageszeitung *Der Standard*. Stajić hegt eine große Abwehr gegen ein fixes „Wir“. Das bringe nur Schwierigkeiten mit sich, sei es doch eng mit Konzepten wie Nation, Herkunft und Religion verknüpft. Ednan Aslan weist auf die Vielfältigkeit der „Wirs“ in verschiedenen Lebenssituationen hin. Zu manchen davon werde er verpflichtet, etwa „Türke“ oder „Moslem“, andere wähle er selber.

Wer oder was ist postmigrantisch?

Postmigrantisches Theater, postmigrantisches Kulturarbeiten oder wie sich die Projektreihe von *Garage X* und *daskunst* nennt: Postmigrantisches Positionen. Der Begriff hat seit einigen Jahren vor allem in Deutschland Hochkonjunktur. Aber was bedeutet postmigrantisch? Erol Yıldız, der diesen Begriff im wissenschaftlichen Kontext geprägt hat, versteht darunter zunächst eine veränderte Perspektive auf

die hegemoniale Geschichtsschreibung. Das Potential postmigrantischer Positionen liege etwa im Neuerzählen von der Geschichte der „Gastarbeit“, das mit Mythen aufräumt und bisher unbekannte Aspekte beleuchtet. Postmigrantisch beziehe sich aber auch auf die Bezeichnung der sogenannten Zweiten und Dritten Generation, die – obwohl oft selbst ohne Migrationserfahrung – im öffentlichen Diskurs zu „Migranten“ gemacht werden. Indem diese Gruppe die äußeren Zuschreibungen ablehnt, oder aber übernimmt und politisch besetzt, entwickelt sie sich zu einem postmigrantischem „Wir“ – zutiefst politisch, weil herrschaftskritisch und somit eine politische Antwort auf hegemoniale Diskurse.

Grenzziehungen hier und da

Die Diskussion um „Wir“-Konstruktionen und nationale Mythen ist nicht nur in Österreich eng verknüpft mit Grenzziehungen gegenüber dem Islam bzw. muslimischen Gesellschaftsgruppen, im Volksmund „die Parallelgesellschaft“. Die immer wieder konstatierte Isolation sei jedoch nicht über Nacht entstanden, so Ednan Aslan, sondern sei eine Notlösung aufgrund der 50-jährigen Ignoranz von Seiten der Mehrheitsgesellschaft gewesen. „Aber aus dieser Isolation ist ein Geschäft geworden, die nun von einer kleinen Minderheit verteidigt wird. Da steckt nicht nur Ideologie sondern auch Wirtschaft dahinter.“ Als Beispiel dazu nennt Aslan u. a. die „Halal“-Geschäfte, die nach islamischen Vorschriften hergestellte Produkte anbieten.

Keine Religion sei fertig, so gäbe es auch weder den Islam, noch die muslimische Einheit. Auch in Wien nicht. So würden lediglich 15 Prozent der österreichischen Muslime die Religion praktizieren. „Eine Religion wird aus dem Kontext heraus geprägt, daher ist auch ein europäischer Islam möglich.“ Es sei gefährlich für Muslime in Europa, wenn sie diese Prägung nicht selbst gestalten, sondern zu ihr verpflichtet werden würden. Zudem betont Aslan selbstreflexiv, dass er selbst seine Religion täglich neu definieren müsse. Etwa wenn sich junge gläubige Homosexuelle mit Fragen an ihn wenden. Homosexualität und Religion, ein Thema, das auch Aslan „neu betrachten muss“.

Sabine Strasser weiß vom hartnäckigen Bestand von Grenzziehungen vor allem im ländlichen Raum zu erzählen. Hier grenzen sich MigrantInnen von der Mehrheitsgesellschaft ab, weil sie etwa den teilweise exzessiven Alkoholkonsum der Jugendlichen

nicht gutheißen. Und umgekehrt werden sie von der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt, weil die muslimischen Jungs nach dem gemeinsamen Fußballspiel nicht mit auf ein Bier gehen. „Anti-essentialistische Konzepte helfen mir nicht, wenn in der Praxis Grenzziehungen gezogen werden.“ Hierzu sei vielmehr die Veränderung

schließlich NachwuchsjournalistInnen mit Migrationsbiografien tätig sind, sei daher ein bewusster Akt gewesen: „Wenn beim *Der Standard* nur ein paar Leute mit komischen Namen wie ich schreiben würden, wäre das nicht weiter aufgefallen.“ *Dastandard.at* hingegen verfüge über die mediale Aufmerksamkeit, die fünf freie

Projektreihe Postmigrantischer Positionen
PIMP MY INTEGRATION
 Eine Kooperation von GARAGE X und daskunst
 25. Oktober - 30. November und 18. Jänner - 10. Februar

© daskunst

einer Politik unabdingbar, die ständig diese Grenzziehungen fördere. Ebenso wichtig sei permanentes Vermitteln als alltägliche Praxis, wie sie von NGOs und der Sozialarbeit geleistet wird.

Förderung des Dialoges ist für Georg Kraft-Kinz ebenso unerlässlich, ja sogar die Lösung. Österreich sei im 20. Jahrhundert von einer Geschichte des „Wir“-Scheiterns geprägt gewesen, aus dem resultiere auch ein verklärender Blick auf die Vergangenheit. Hinzu komme eine weit verbreitete materielle Angst „einer verängstigten Gesellschaft in einem Land, das sicher ist“. Dass hinter der Forderung nach mehr Dialog ein wirtschaftlicher Nutzen steckt, unterstreicht der Obmann des 2009 gegründeten Vereins Wirtschaft für Integration: „Der größte wachsende Markt ist der migrantische. Für die Wirtschaft ist es eine Überlebensfrage.“

Die österreichische Medienlandschaft ist eine konservative Parallelgesellschaft, so Olivera Stajić, und noch lange nicht postmigrantisch. Die Schaffung von *dastandard.at*, in deren Redaktion aus-

MitarbeiterInnen in der Printausgabe nie erreicht hätten. Für Stajić ist *dastandard.at* modellhaft auch für ein postmigrantisches Theater: „Sich zusammenschließen und geballt auftreten um aufzufallen. Nur wenn Migrantinnen besser sind als alle anderen, werden sie es schaffen.“

Gerade an dieser Frage entwickelte sich im anschließenden Publikumsgespräch die kontroversiell geführte Debatte um eine der Hauptfragen von *Pimp My Integration*: Braucht man den Umweg der speziellen Schublade für MigrantInnen, bevor sie die hegemonialen Räume betreten – ob in den Medien oder in einem postmigrantischen Theater? Oder kann nicht der Schritt der essentialistischen Verortung übersprungen und die sofortige Öffnung aller Institutionen vor dem Hintergrund der veränderten Bevölkerungszusammensetzung eingefordert werden? In den folgenden Diskussionsveranstaltungen der Projektreihe ist mit spannenden Antworten zu rechnen.

Vida Bakondy und Gamze Ongan

ERSTER WIENER PROTESTWANDERWEG

Ein Projekt von Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule und Martin Auer, das es schon im Planungsstadium zu einer parlamentarischen Anfrage gebracht hat.



Der Erste Wiener Protestwanderweg lässt niemanden kalt – das Unterrichtsministerium und die Plattform *respekt.net* finden es gut, dass Jugendliche sich auf die Suche nach den Spuren von Widerstand, Protest, Zivilcourage und Solidarität im Wiener Stadtbild machen. Und die FPÖ macht sich schon, bevor die Realisierung sichergestellt ist, Sorgen darüber, dass die größte Demonstration der Zweiten Republik Gegenstand der Politischen Bildung wird und beschäftigt Parlament und Unterrichtsministerin. Dabei sind erst wenige Prozent des erforderlichen Budgets von € 29.000 aufgestellt.

Was hat es nun auf sich mit diesem innovativen Stadterkundungsprojekt, das manche Gemüter so erhitzt?

Das Kooperationsprojekt von Autor Martin Auer und Zentrum *polis – Politik Lernen in der Schule* will Jugendliche und politisch Interessierte zu Orten im öffentlichen Raum führen, an denen sich die Themen Widerstand, Protest, Zivilcourage und Solidarität manifestieren.

Damit macht der Wiener Protestwanderweg sicht- und erfahrbar, was in der Vergangenheit an Rechten für uns alle erstritten wurde, wie Menschen sich organisiert und gesellschaftliche Veränderungen durchgesetzt haben – und wie diese Kämpfe und Errungenschaften das Wiener Stadtbild bis heute prägen. Die soziokulturelle Relevanz von Orten des Protests im öffentlichen Raum wird thematisiert und eröffnet einen völlig neuen Blick auf Wien.

An Orten, die mit solchen Protesten in Verbindung stehen, vorzugsweise an Orten, die es ohne Protestbewegung so heute nicht geben würde, sollen sogenannte

mobile tags angebracht werden. Das sind zweidimensionale Strichcodes, die mit einem Smartphone eingelese werden können und so eine Verbindung zum Internet herstellen. Auf diese Weise können für den Ort relevante Informationen direkt an Ort und Stelle abgerufen werden. Die Codes werden zusammen mit einer kurzen Erklärung auf Tafeln erscheinen, die an Gebäuden oder auf Stehern angebracht werden. Die Tafeln sollen permanent sein und so die Bedeutung von Protest, Selbstorganisation und Widerstand im öffentlichen Raum sichtbar machen.

Das Projekt setzt aber nicht auf reine Wissensvermittlung, sondern auf aktivierende und partizipative Methoden und verknüpft diese mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Es fördert auf diese Art und Weise gleichsam nebenbei auch die Methodenkompetenz der Jugendlichen sowie den Umgang mit den neuen Medien.

Die geplanten Stationen

Das Parlament (Reichsratsgebäude): Das 1883 eröffnete Parlamentsgebäude existiert als Ergebnis einer Entwicklung, die mit der Märzrevolution 1848 begann. Bei dieser Station soll der Kampf um die parlamentarische Demokratie und das allgemeine gleiche Wahlrecht thematisiert werden.

Erstes Mädchengymnasium Hegelgasse

12: 1892 wurde das erste österreichische Mädchengymnasium eröffnet, ein früherer Erfolg der Frauenbewegung und für die Frauenrechtlerin Marianne Hainisch.

Karl-Marx-Hof: Der Karl-Marx-Hof stellt eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung dar und ist ein Symbol des Widerstands gegen ihre Niederwerfung (Februarkämpfe 1934).

O5 am Stephansdom: Nahe dem unter Denkmalschutz gestellten Symbol O5 am Wiener Stephansdom soll über den Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Österreich informiert werden. „Als Ende des Jahres 1944 der Befehl kam, Wien notfalls durch die eigenen Truppen zerstören zu lassen, nahm Major Carl Szokoll Kontakt mit dem zivilen Widerstand auf und erarbeitete einen Plan zur Befreiung Wiens durch die Rote Armee. Durch engagiertes Handeln konnte

er Wien vor der Zerstörung retten.“ Wien als Ganzes ist also ein Ort, der ohne mutigen Widerstand so nicht existieren würde.

Planquadrat (1972-74): Der Planquadratgarten in der Margaretenstraße im vierten Bezirk entstand im Kampf gegen eine Welle von Abbruchspekulationen. Er steht für Stadtplanung unter Beteiligung der Bevölkerung.

Arena-Besetzung (1976): Aus dem Protest gegen den Abbruch des Industriedenkmal Inlandsschlachthof entstand eine kulturelle und politische Massenbewegung, die drei Monate lang das Schlachthofgelände besetzt hielt und in Selbstverwaltung mit Kulturveranstaltungen und sozialen Einrichtungen belebte.

pro:woman – Ambulatorium für Sexualmedizin und Schwangerenilfe: Das Ambulatorium am Fleischmarkt existiert als Ergebnis des Kampfs gegen den § 144 (Stichworte: Gründung der Aktion unabhängiger Frauen, Volksbegehren der Aktion Leben gegen die Strafrechtsreform, Fristenlösung 1975, Eröffnung des Ambulatoriums 1976).

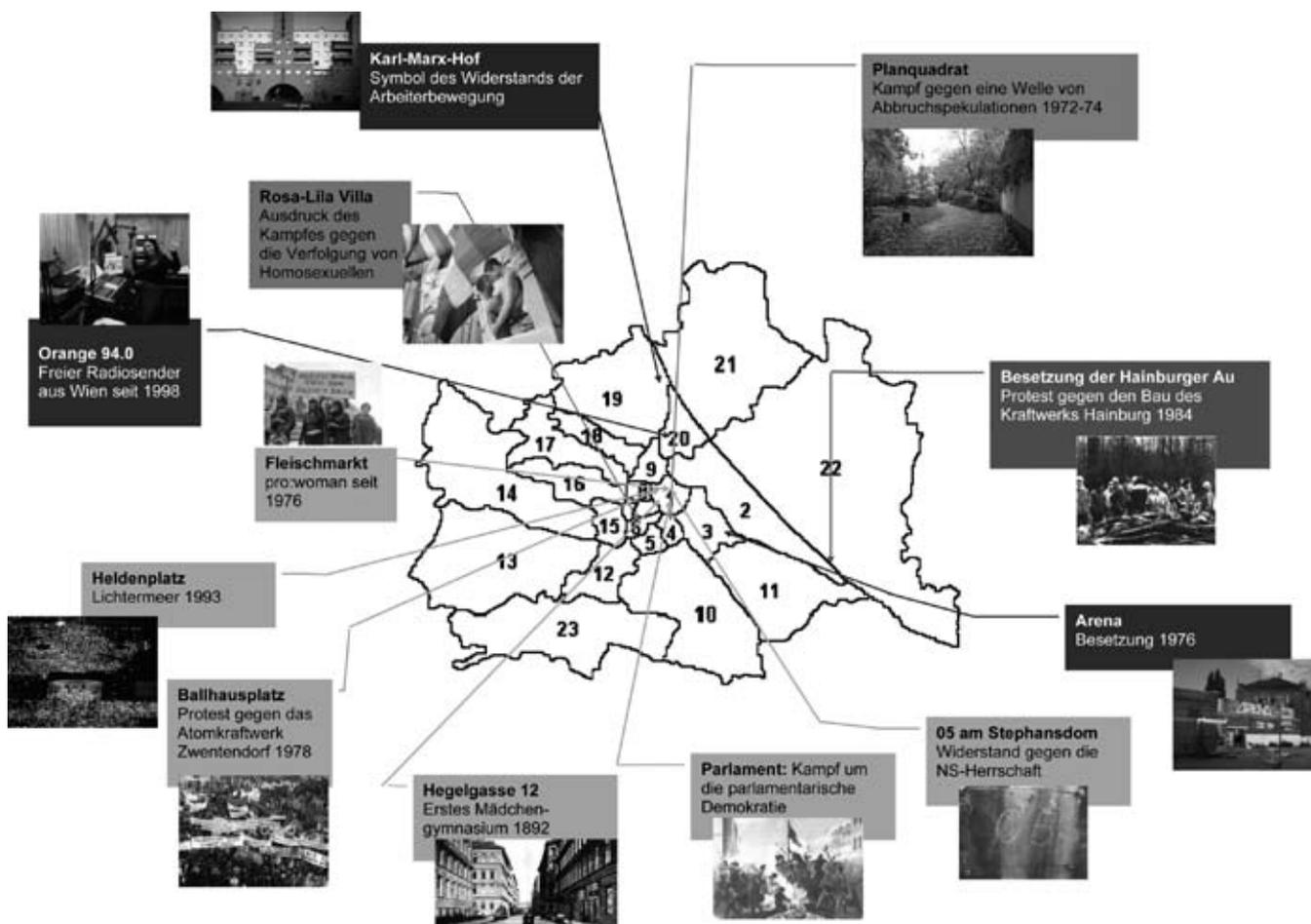
Ballhausplatz: Der Ballhausplatz wird als Ort des Protests gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf vorgestellt (Stichworte: Der Kampf gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks, Volksabstimmung 1978).

Rosa-Lila Villa: Die Rosa-Lila-Villa besteht seit 1982 als Ausdruck des Kampfs gegen die Verfolgung von Schwulen und Lesben (Stichwort: Homosexuellen-Gesetzgebung vom Holocaust bis zur Homo-Ehe).

Besetzung der Hainburger Au 1984: Eine Tafel beim Kraftwerk Freudenau soll auf die Aubesetzung hinweisen und die Chronologie von der Pressekonferenz der Tiere im Mai 1984 bis zur Gründung des Nationalparks 1996 nachzeichnen.

Lichtermeer 1993: Am Heldenplatz soll über das Lichtermeer informiert werden – initiiert von SOS Mitmensch gegen das „Ausländervolksbegehren“ der FPÖ und die größte Demonstration in Österreich.

Radio Orange seit 1998: Hier soll auf die Entwicklung der freien Radios und den Fall des ORF-Monopols eingegangen werden – von den Arbeiterradios der Ersten Republik über die PiratInnen-Radio-Bewegung bis zur Sendelizenz für das erste nichtkommerzielle Radio Österreichs 1995.



Die einzelnen Stationen sollen die TeilnehmerInnen jeweils 15 Minuten bis maximal eine Stunde beschäftigen. Gesprochene Beiträge erlauben es, sich während des Zuhörens umzusehen. Schrift, Bild und Video sollen nur ergänzend eingesetzt werden. Wichtig ist, dass bei der Darstellung der verschiedenen Protestbewegungen auch die Argumente der GegnerInnen entsprechend berücksichtigt werden. Die TeilnehmerInnen sollen zu eigenständigen Überlegungen und zur Diskussion angeregt werden.

Bei den einzelnen Stationen können auch Aufgaben gestellt werden. Einfache Quizfragen, aber auch Aufträge, wie z. B. PassantInnen zu interviewen; in der Gruppe über bestimmte Fragen abzustimmen, (z. B. ob öffentliche Stellen Kulturinitiativen finanzieren sollen, ohne sich in die Inhalte einzumischen oder ob ausreichende Energieversorgung und Naturerhalt in Einklang gebracht werden können) und die Abstimmungsergebnisse auf der Webseite einzutragen.

Das „Dach“ des Protestwanderwegs ist die Website www.protestwanderweg.at. Hier können sich einzelne TeilnehmerInnen und Gruppen für einen Account registrieren und an den einzelnen Stationen jeweils mit Usernamen und Passwort einloggen. So können sie den Besuch der einzelnen Stationen belegen – so wie man auf traditionellen Wanderwegen Stempel ins

Wanderbuch drückt. Auch die Lösungen der gestellten Aufgaben können sie hochladen und ihrem Account zuordnen. Sie können ihre Beiträge auch freischalten, sodass sie öffentlich eingesehen werden können.

Der Wiener Protestwanderweg kann alleine oder in der Gruppe „erwandert“ werden. Er ist für die schulische wie außerschulische Bildungsarbeit geeignet und er wird durch entsprechende Materialien für die Vor- und Nachbereitung im Unterricht oder in der Jugendgruppe ergänzt. Das Projekt schafft eine Verbindung zwischen historischer und politischer Bildung und ist nicht nur für Fächer wie Geschichte und Politische Bildung geeignet, sondern auch für Lehrausgänge in allen Fächern, welche die Urteils- und Analysefähigkeit und die politische Mündigkeit der SchülerInnen fördern wollen.

Auch für „Wienwochen“ stellt das Projekt eine Bereicherung dar, weil es einen neuen Blick auf die Stadt Wien als historisch-politischen Raum eröffnet und Jugendliche sich die Stadt abseits touristischer Klischees ergehen können.

Das Projekt hat das Potenzial, das Gefühl „Ich als einzelner kann ohnehin nichts erreichen“ zu relativieren bzw. diesen Ohnmachtsgefühlen konkrete Situationen entgegenzustellen, in denen genau dieses Gefühl von einer Gruppe von Menschen überwunden wurde – indem sie sich organisiert und für ihre Ziele eingesetzt haben.

Zivilcourage lernen und Partizipation fördern, sind große Herausforderungen für die Politische Bildung. Denn mündige BürgerInnen, die sich einmischen und mitmischen in Gesellschaft und Politik, fallen nicht einfach vom Himmel. Sowohl der schulischen, als auch der außerschulischen Bildung kommen große Verantwortung zu. Der Erste Wiener Protestwanderweg sieht sich dieser Aufgabe verpflichtet – mit einem Streifzug durch wichtige gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die von engagierten Menschen vorangetrieben wurden.

Aber bis es soweit ist und wir alle gemeinsam protestwandern gehen können, ist es noch ein weiter Weg. Die Inhalte der Stationen müssen erarbeitet, Verhandlungen mit Stadt und HausbesitzerInnen über das Anbringen der Tafeln geführt und nicht zuletzt die Finanzen des Projekts abgesichert werden.

Wer dazu einen Beitrag leisten möchte, kann das über die Plattform respekt.net machen, deren Ziel es ist, in die Zivilgesellschaft zu investieren. Der Protestwanderweg ist derzeit auf der Startseite von www.respekt.net zu finden.

www.respekt.net/projekte-unterstuetzen/details/projekt/248/
www.protestwanderweg.at

Patricia Hladschik



Die Grüne Bildungswerkstatt Minderheiten,
die Grünen – 10. Bundesland und ESRA laden ein:



Willkommen in Österreich?

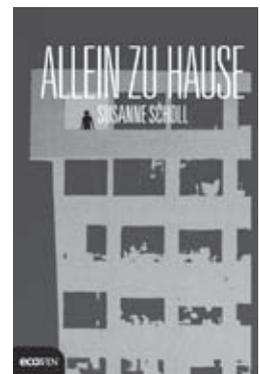
Lesung und Diskussion mit

Susanne Scholl und **Alev Korun**

am **12. Jänner 2012 um 19:30, Psychosoziales Zentrum ESRA**
1020 Wien, Tempelgasse

Der Eintritt ist frei. Wir bitten um Anmeldung unter der Tel Nr 01/214 90 14 oder per E-Mail an info@esra.at.
Bitte beachten Sie aufgrund der Sicherheitsbestimmungen einen amtlichen Lichtbildausweis mitzunehmen.

Zum Buch: Sie fliehen vor Mord und Totschlag, Folter und Sklaverei, Blutrache und Zwangsehe – und vor dem ganz alltäglichen Elend. In Österreich aber werden sie mit Misstrauen empfangen, mit der allgegenwärtigen Unterstellung, sich etwas aneignen zu wollen, was ihnen gar nicht zusteht, zu lügen und zu betrügen und „uns“ etwas wegnehmen zu wollen. Susanne Scholl ihrerseits hat einen guten Teil ihres Lebens außerhalb Österreichs verbracht. Vor einem Jahr kam sie zurück in ein Land, das sich als unverständlich kalt gegenüber Menschen in Not präsentierte. Davon handelt dieses Buch – und von den Lebensgeschichten der Menschen, die in Österreich Zuflucht suchen und so oft dafür bestraft werden.



Bezahlte Anzeige

AUTOCHTONE ASSIGRATION?

DCR
ANTI
SARRAZIN

Gratis Online Manual
für
Migrationstheorie,
Antirassismus
und einen Universalistischen
Humanismus



- Was bietet das Gratis-Manual?
- * Migrationsatlas Österreichs mit struktureller Kritik des Integrationsberichtes 2011
 - * Einbettung der bisherigen Migrationstheorien in ein gesellschaftliches Gesamtmodell mit Schichtung (System-, Schicht- und Machttheorie)
 - * Kritik und Weiterbildung der bisherigen Theorie der Hybriditäts- (Mehrfach-) Identitäten der Migranten; Modell *aller* möglichen und realen Identitätsvarianten
 - * Systemintegration und Erweiterung der bisherigen Rassismustheorien
 - * Ideologiemilieus der Aufnahmegesellschaft und Migranten in Politik, Forschung und Interessenvertretung bezüglich der "Integrationskonzepte"
 - * Kultur-Konflikt: Westen-Islam; Politisch-funktionell-historische Analyse von Anti-Semitismus, Anti-Muslimismus und Anti-Türkismus; Grundprobleme der Interkulturalität; Kritik des biologistischen Rassismus Sarrazins
 - * Präsentation eines Universalistischen Humanismus als neuer Aufklärung zur friedlichen Überwindung des globalen ökonomisch-politischen "Kulturkampfes" zwischen jüdischen, christlichen und muslimischen Staatengruppen und innerhalb Europas; evolutive Grundrisse einer Universal-Menschheit in einem Weltstaat
 - * Offenes Portal für Online-Texte anderer Autoren.

Wo findet man das Manual?
<http://or-om.org/krmigration.doc>
Gruppe Or-Om * S.P.
Gratisdownload und kein ©

Bezahlte Anzeige

THARA GEHT WEITER!

Arbeit für und mit Roma und Romnja in Wien

Seit über sechs Jahren führt die Volkshilfe Österreich mit unterschiedlichen THARA-Projekten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen speziell für Romnja und Roma durch.

Schwerpunkte des neuen THARA-Projektes, das im August 2011 unter dem Namen „THARA ROMANI BUTJI – Roma Arbeit neu“ gestartet ist, sind neben individueller Berufs- und Bildungsberatung in Kooperation mit dem Romano Centro, die Sensibilisierung bestehender Einrichtungen im arbeitsmarktpolitischen Bereich für die Gruppe der Romnja und Roma, Workshops für Gründerinnen sowie Öffentlichkeitsarbeit. „Roma und Arbeit – das sind Begriffe, die in der öffentlichen Wahrnehmung selten miteinander in Verbindung gebracht werden. Wir wollen gängige Klischees durchbrechen und zeigen, dass Romnji/Rom sein und arbeiten – als Ärztin, als Friseur oder als

Journalistin – kein Gegensatz ist“, sagt Projektkoordinatorin Usnija Buligovic.

Eine wichtige Aufgabe sieht THARA auch darin, zwischen den verschiedenen Romani-Gesellschaften und den arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen und Beratungsstellen in Wien eine Brückenfunktion einzunehmen.

Auch wenn THARA erfolgreiche Arbeit leistet, bleibt noch viel zu tun. Nicht zuletzt braucht Österreich – so wie andere europäische Länder auch – einen nationalen Aktionsplan zur Integration von Roma und Romnja.

Kontakt:

verena.fabris@volkshilfe.at
+43 676/83 402 220
usnija.buligovic@volkshilfe.at
+43 676/83 402 232



Thara-Team: Marilena Botsi, Verena Fabris, Usnija Buligovic © Klara Krgovic

Kostenlose Berufs- und Bildungsberatung:

Dienstag und Mittwoch, 9:00–12:00
sowie nach telefonischer Vereinbarung unter
+43 676 83402 230

Ort: Romano Centro,
Hofmannsthalgasse 2, 1030 Wien

HERR KARL A. KNIPST ZURÜCK

Ausstellung „Menschenbild“



© Markus Hippmann

Vor Jahrzehnten war das Schössl Kino in der Margaretenstraße 127 ein typisches Wiener Bezirkskino in Margareten, in dem man versäumte Filme nachholen konnte. Nach seiner Schließung stand es oft längere Zeit leer, nun ist bis 15.12. 2011 (außer am 8.12.) ebendort von Montag bis Donnerstag,

16-18 Uhr, eine bemerkenswerte Ausstellung zu besuchen: „Menschenbild“ – gemeinsam veranstaltet von der Fotoschule Wien und der Lebenshilfe Wien. Letztere wurde 1961 von einer überparteilichen Elterninitiative gegründet und lud anlässlich ihres ersten halben Jahrhunderts StudentInnen der

Fotoschule Wien ein, den Wandel des Weltbilds von Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung zu dokumentieren.

Am Anfang stand eine Ikone der heimischen Nachkriegsfotografie – das Bild, das der österreichische Starfotograf Harry Weber (1921–2007) 1962 bei einem Besuch im Psychiatrischen Krankenhaus Am Steinhof gemacht hatte: Da krümmt sich ein Patient im Gitterbett unter einem Kreuzifix, das mehr zu drohen als Trost zu spenden scheint.

Wenn auch noch nicht alles gut ist in diesem Bereich, viel besser ist es geworden! Das zeigen die Bilder von Angela Breda, Angelika Löffler, Dagmar Pratsch, Markus Hippmann, Martina Schildendorfer, Michaela Leuthner, Nikki Harris und Sonja Bachmayer, die seit April 2011 den Alltag von Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung in ihrem aktuellen Lebensumfeld, den Werkstätten und Wohnhäusern der Lebenshilfe Wien mit der Kamera dokumentierten. Kurze Statements zu den Porträts erläutern die individuelle Situation der jeweiligen KlientInnen – oft genügt allein das Bildmotiv: Lust an Spiel, Arbeit, Freude, Neugier leuchten aus den Gesichtern. Zur Ausstellung „Menschenbild“ ist vom Fotoquartier Wien auch ein Katalog herausgegeben worden.

www.fotoschule.at, www.lebenshilfe-wien.at

ede

EINE SPRACHBIOGRAFIE ALS POLITISCHES STATEMENT

Lucijan Busch (Hg.): *Neville Alexander im Gespräch. Mit der Macht der Sprachen gegen die Sprache der Macht.*
 Drava: Klagenfurt/Celovec 2011.
 198 Seiten; €19,80
 ISBN: 978-3-85435-655-4



Die Sprachwissenschaftlerin Brigitta Busch führte Gespräche mit Neville Alexander und hielt sie mit Audio-Aufzeichnungen fest. So entstand die Sprachbiografie „Neville Alexander im Gespräch. Mit der Macht der Sprachen gegen die Sprache der Macht“ über mehrere Jahre an verschiedenen Orten.

Sprachbiografien sind immer auch etwas Persönliches, ja fast Intimes. Beim Lesen kam immer wieder ein Gefühl der Ehrfurcht auf, fast der Dankbarkeit für das offene Reden über das eigene Leben, über die Erfahrungen mit Rassismus und der Apartheidpolitik in Südafrika, die Bildungswege und Kämpfe, über das politische und soziale Engagement und für die tiefgründige Reflexion der Sprach- und Bildungspolitiken und deren Konsequenzen für die Sprechenden, vor allem in Südafrika.

Das Persönliche in dieser Sprachbiografie kann nicht von den politischen Ereignissen getrennt werden, in welche

sie Neville Alexander ständig einbettet, welche die Perspektive des persönlichen Erzählens sind. So ist Alexanders Sprachbiografie auch ein politisches Statement: Mit Mehrsprachigkeit gegen Rassismus. Für eine emanzipatorische Politik durch Mehrsprachigkeit.

In der chronologisch zusammengestellten Sprachbiografie erzählt Neville Alexander über seine sprach- und bildungspolitische Entwicklung ausgehend von der Kindheit, Schul- und Studienzeiten, über seine Gefängniszeit auf Robben Island hin zu seiner Teilnahme an politischen und sozialen Bildungsbewegungen, um mit einer Reflexion über die Funktion der Sprache abzuschließen.

Für Alexander gibt es immer einen Grund, warum wir die eine oder andere Sprache sprechen, wenn wir in eine mehrsprachige Gesellschaft hineingeboren werden. Es gibt auch immer einen Grund, warum wir es in verschiedenen Situationen vorziehen die eine oder die andere Sprache zu sprechen. Der persönliche Moment des Sprechens, das Sich-Wohlfühlen in einer Sprache ist eng mit den sprachpolitischen und diskriminierenden Strukturen verbunden: Es wird davon bestimmt, wie gut wir eine Sprache beherrschen bzw. welches Sprachniveau von der Umgebung erwartet wird.

Von dieser Position Alexanders kann auch die österreichische Sprachenpolitik einiges lernen. Zu den Forderungen nach der Beherrschung des Deutschen als Voraussetzung für gesellschaftlichen Erfolg könnte mit Alexander geantwortet werden, dass es einen riesigen Unterschied macht, ob jemand das so genannte Standarddeutsch der Eliten spricht bzw. erlernt oder aber das so genannte Arbeiterrepertoire und welche idealtypischen Sprachvorstellungen – die eigentlich niemand erfüllt – erwartet werden. Sprache muss also nicht nur gekonnt werden. Sie muss auf die richtige Art und Weise beherrscht werden. Sonst ist sie keine Prestigesprache. Der sprachbiografische Ansatz hat jedoch nicht die Sprachen selbst im Fokus, sondern die Sprechenden und ihre lebensgeschicht-

lichen Erfahrungen und damit auch das sozio-politische Umfeld.

Was Neville Alexander unterstreicht ist, dass sich durch das Lernen von Sprachen auch neue Wissenshorizonte eröffnen und zugleich auch ermöglicht wird, sich durch das Sprechen einer Sprache von z. B. einer anderen Klasse zu unterscheiden.

Die Instrumentalisierung von Sprachen für eine Apartheidpolitik nimmt bei Alexander einen zentralen Stellenwert ein. So ging es bei den sprachpolitischen Debatten in den 1970er Jahren nicht für oder gegen Englisch bzw. Afrikaans, sondern um die Apartheid. Afrikaans sei nur der Auslöser gewesen, die Apartheid aber das wirkliche Problem. Diese Interdependenzen zwischen Sprachen, Sprachpolitiken, Apartheidregime und Befreiungskämpfen werden in dieser Sprachbiografie von Alexander immer wieder hervorgehoben.

Mit seinem Buch *One Azania, One Nation. The National Question in South Africa* beeinflusste Neville Alexander viele, wie er sagt, soziologische Schriften in Südafrika. „Es kamen die ganzen Fragen von Frauenbefreiung, Geschlechterpolitik – im Gegensatz zu einfacher Identitätspolitik –, die ‚Rassenfrage‘ und die Klassenfrage zusammen.“ Mit dem Zugang, dass Klasse, „Rasse“ und Gender keine unterschiedlichen Gebiete sind, sondern „ontologisch als ein Thema behandelt werden müssen“, setzte Alexander mit diesem Buch 1979 einen Meilenstein, auch in der soziologischen Forschung.

Die nun vorliegende Sprachbiografie ermöglicht es den Lesenden einen sehr persönlichen Lebensweg zu verfolgen, welcher Teil der politischen Brüche, theoretischen sprachpolitischen Auseinandersetzungen, Unterdrückung, Rassismus und Teil der Befreiungskämpfe eingebettet ist. Am Ende bleibt der Wunsch, weitere Sprachbiografien zu lesen, von Menschen mit Visionen, von Menschen, die die Welt ein Stück weiter verändert haben.

EIN HOMOEROTISCHER ANTIKRIEGSRoman

Bruno Vogel: Alf. Eine Skizze und ausgewählte Kurzprosa.
 Hrsg. von Raimund Wolfert. *Bibliothek rosa Winkel Band 59.*
 Männerschwarm Verlag: Hamburg 2011.
 248 Seiten; € 18
 ISBN: 978-3-86300-0359-2

In der Reihe Bibliothek rosa Winkel des Männerschwarm Verlags wurde rechtzeitig zum 25. Todestag Bruno Vogels „Alf. Eine Skizze“ wieder aufgelegt.

Der Schriftsteller wurde 1898 in Leipzig in eine kleinbürgerliche Familie geboren. 1916 zog er in den Krieg, doch seine Erfahrungen ließen ihn zum Pazifisten werden. Mit spitzer Feder schrieb er z. B. in „Es lebe der Krieg“ gegen Militarismus an. 1931 emigrierte er nach Österreich, anschließend über die Schweiz und Frankreich nach Norwegen. 1937 wanderte er nach Südafrika aus, doch nach der Machtergreifung der Nationalisten zog er nach London, wo er 1987 starb. „Alf“ wurde 1929 erstmals publiziert, eine gekürzte zweite Auflage erschien

1931 und 1977 kam es zu einer fehlerhaften Neuauflage, obwohl Vogel eine korrigierte Fassung der Ausgabe aus 1929 vorgelegt hatte. Diese erschien erst jetzt mit ausgewählter Kurzprosa und einem Nachwort von Raimund Wolfert in der Bibliothek rosa Winkel.

Felix und Alf, Gymnasiasten im Wilhelminischen Deutschland, entdecken ihre Sexualität und ihre Liebe zueinander. Als Felix in einem Antiquariat eine Broschüre über den § 175 entdeckt, in dem Homosexualität mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft wird, wendet er sich von Alf ab, um diesen zu schützen. Alf meldet sich daraufhin freiwillig zum Militär und zieht in den Krieg. Beide leiden unter der Trennung. Die Erzählung

mit vielen Dialogen wird nun von Briefen abgelöst in denen Missverständnisse beseitigt werden. Sie tauschen sich kritisch in Bezug auf den Krieg aus – einer beschreibt unverblümt die Situation im Feld, der in der Heimatstadt Verbliebene beklebt Wände mit Antikriegsplakaten. Die Verlogenheit der Erwachsenen wird beschrieben, über die Sexualmoral der Kirche gespottet sowie Nietzsche und Freud thematisiert. Alf soll zu einer Militär-Weiterbildung in die Nähe von Leipzig fahren und beide freuen sich auf ein Wiedersehen. Die Briefe enden und das letzte Kapitel beschreibt den Abschied. Der titelgebende Protagonist Alf ist im Feld gefallen und Felix beschließt: „Ich will mitkämpfen gegen Bosheit und Dummheit, mithelfen, dass andere Menschen nicht, wie wir beide, aus Unwissenheit so Schweres durchmachen müssen. Das verspreche ich dir, Alf.“

Ein Meilenstein homosexueller Emanzipationsliteratur wurde damit wieder einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Petra M. Springer

**Vertrieben.
Verlesen.**



Franz Mittler –
 österreichischer Komponist, Dirigent und Pianist.
 Musikraritäten zum Wiederentdecken.

Preis: € 18,10 | **Ö1 Club-Preis: € 16,29**
 ORF Shop, Argentinierstraße 30a, 1040 Wien
 Bestellungen: (01) 501 70-373 | orfshop@orf.at

→ shop.ORF.at

ORF



**RADIO
ÖSTERREICH 1**

IM DEZEMBER 2011

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn einem der Wind der Entwicklung so kräftig entgegenbläst, dass man beim Ausspucken ganzkörpernass wird. Adventsstimmung allerorten! Am härtesten hat es sicher den Kommerzienrat Schwarzschilder getroffen, der sich schon überlegt, um einen Waffenpass anzuschauen und eine Kanone zu kaufen. Oder gleich einen Panzer, von dem sich das Bundesheer trennen will. „Her mit dem Zaster!“, krakeelt er, „hat diese neue ÖAAB-Chefin gefordert! Ein Bankräuber-Spruch aus dem Munde einer Innenministerin! Dieser schwarze angebliche Arbeitnehmerbund ist eindeutig kommunistisch unterwandert! Gegen diese umstürzlerische Prölltin müsste die Staatspolizei ermitteln! Sieben Milliarden Menschen gibt es laut der UNO seit dem 31. Oktober auf der Welt – und ausgerechnet die Mikl-Leitner sitzt in der Herrengasse als Innenministerin! Dann stänkert noch dieser Gemeindebund-Chef gegen die Parteiführung, dieser Mödlhammer! Ich sag's ja: Hammer und Sichel überall! Da hat die Finanzministerin Fekter schon recht gehabt, als sie gesagt hat, dass schon einmal mit fürchterlichen Folgen gegen eine Minderheit gehetzt worden ist. Und davor gewarnt hat, die Betuchten diesmal zum Feindbild zu machen. Aber trotzdem: Meine ÖVP ist das nicht mehr! Opa Julius Raab, schau oba!“

Schon dass der Bauernbund-Chef Fritz Grillitsch zurückgetreten ist, hat dem Schwarzschilder zugesetzt. Immer wieder hat er den Steirer als Zukunftshoffnung der ÖVP gesehen und ihn dafür gelobt, dass es ihm sogar gelungen ist, eine freiheitliche Bankräuber-Wittib zu rezozialisieren – auch

wenn er sie dafür heiraten hat müssen. Nur dass der Grillitsch einen deutschen Sozen, den Thilo Sarrazin, zu einer Rede nach Graz eingeladen hat, sieht der Kommerzienrat als Fehler. Und die Wiener ÖVP macht ihm weiterhin Sorgen, jetzt, wo sogar der Othmar Karas abgewunken hat und lieber in Brüssel bleibt. Mittlerweile hofft unser Schwarzer bereits darauf, dass eventuell Karl Habsburg – „der hat wenigstens einen Namen!“ – die Wiener ÖVP übernimmt. Auch in der schwarzen Bankenlandschaft, ob Erste oder Raffeisern, kracht es gehörig – die bräuchten schon Milliarden (ich übrigens auch).

Den Genossen Rotlauf kann man jetzt spielend auf die Palme bringen, wenn man ihn fragt, ob er zur Entacher- oder zur Darabos-Fraktion innerhalb der SPÖ gehört. Weil vor Monaten hat der Verteidigungsminister „Ich bin der Daraboss!“ geplärrt und den Generalstabschef Edmund Entacher aus dem Amt gejagt. Aber ein echter Mundl geht nicht unter, sondern zur Disziplinarkommission im Bundeskanzleramt. Und die hat ihm Recht gegeben, so ist er auf seinen Posten zurückgekehrt. Die Vakanz im Bundesheer ist von feindlich gesinnten Staaten nicht ausgenutzt worden und auch sonst nicht aufgefallen. Oder wenn man den Rotlauf fragt, ob er auch täglich als Huber mit verschiedenen Vornamen Zustimmung zu Werner Faymann an verschiedene Zeitungsredaktionen postet. Oder wenn man ihn fragt, wie viel man ihm zahlen müsste, dass er zulässt, dass eine Enkelin von ihm den Vornamen Laura erhält. Es gibt derzeit viele Möglichkeiten, ihn zur Explosion zu bringen. Manchmal sitzt er eine halbe Stunde stumm bei seinem Bier und schreit dann plötzlich „Facebook-Trotteln!“ Auch von seinem Gusi ist er mittlerweile enttäuscht. Dann singe ich zweistimmig – laut und falsch –: „Jo da Guhusi hot a Gspuhusi mit da Muhusi // owa

ohne Göhöd auf dera Wöhöd ka Gspusi mit da Musi – aa net fian Gusi!“ Dann steht er meistens auf und geht heim.

Womit wir bei den Liedermachern sind. Der Herr Grünlinger sagt, die sind derzeit besonders gefährdet. Erst ist der Franz Josef Degenhardt gestorben und dann der Georg Kreisler, dann der Reinhard Liebe und dann der Ludwig Hirsch. Und am schlimmsten: Der Helmut Reinberger, der letzte von den 3 Spitzbuam, schon im Oktober. Der Ambros vergisst derweil nur seine eigenen Texte bei der Hundertjahresfeier der Wiener Austria. Da hält sich der Schaden noch in Grenzen. Ganz stolz war der Grünlinger, dass die Grünen schon 25 Jahre im Parlament sitzen. Enttäuscht war er aber, dass das Schulvolksbegehren vom Androsch nur Platz 17 erreicht hat und so eher baden gegangen ist. „Gut so“, hat da der Schwarzschilder gesagt, „Bildung und gute Jobs nur für unsere Kinder!“ Da ist der Kamerad Brauntresch kurz aus dem Rausch erwacht, hat nicht mehr alles mitgekriegt und geschrien: „Jawoi! Und net fia de Indal!“ Briefe aus Thüringen hat er auch bekommen in der letzten Zeit.

Mit dem Trotteln hab ich streiten müssen, wem das Geld vom Gaddafi gehört, wenn es endlich im Kärntner Bärenal gefunden ist – dem BZÖ, wo der Jörgl ja bis zuletzt war, oder der FPÖ mit den Bündnis-Abtrünnigen. Wobei mir auch weh ums Herz geworden ist, wie ich bemerkt habe, dass heuer im Oktober keine würdige Jörgl-Gedenkfeier war. Nicht einmal dem Petzner sind die Tränen termingerech aus den Augen geschossen. Dafür ist der Gorbach wieder verhaltensauffällig geworden, weil er mit 1,9 Promille am Steuer erwischt worden ist. Der Karl-Heinz Grasser hat sich in einem Interview darüber beklagt, dass er so viel für die Anwälte zahlen muss. Na soll er halt wieder am Wochenende mit einem Plastiksackerl nach Liechtenstein fahren. Und was war sonst noch? Ein Schweizer als ÖFB-Teamchef. Wenn das Nationalteam wieder verliert, liegt es am Lagerkoller. Die Gelddrucker der Nationalbank stehen unter Schmiergeldverdacht. Der ÖGB hat sich für schuldenfrei erklärt. Dann das Wort Schuldenbremse, über das jetzt dauernd gestritten wird. Bremse – das ist doch ein blutsaugendes Insekt, das vom Schweiß der Anständigen und Tüchtigen angelockt wird. Oder bezieht sich das auf die Bremse im Auto, die die Grünen schmerzhaft stachelig als Standardmodell einführen wollen, um uns das Autofahren zu verleiden? Irgendwie kenn ich mich da nicht mehr aus. Eh wurscht!



EUROPA. INFORMATION. UMFASSEND.

Anrufen

Europatelefon 0800 222 666
Montag bis Freitag 8-18 Uhr (gebührenfrei)

Schreiben

E-Mail: europa@bka.gv.at

Internet

ZukunftEuropa.at

